

Organpreis:

Wochenschrift, 9. - 12. monatlich, 2. - 12. frei ins Haus, vorwärts zahlbar. Postbezugs: Monatlich 3. - 12. 1/2. für Belagungsgebiete. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 6.25 M., für das übrige Ausland 10.25 M., bei täglich einmaliger Zustellung 8.25 M. Postbestellungen nehmen an Schweden, Holland, Luxemburg, Schweden u. die Schweiz, Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Welt“ erscheint wochentäglich zweimal. Sonntags stumm.

Telegraphen-Adressen: Sozialdemokratisches Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Anzeigenzeile kostet 1.20 M. „Kleine Anzeigen“, das fertige Blatt 50 Pf. (zulässig 2 fertige Blatt), jedes weitere Wort 15 Pf. Stellengeld und Schließelangelegenheiten das erste Wort 40 Pf., jedes weitere Wort 30 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Feuerungsbeitrag 50%, Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1.20 M. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gehört von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Druckereibesitzer: Kurt Morawitzky, Nr. 15190-15197.

Mittwoch, den 18. Juni 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Druckereibesitzer: Kurt Morawitzky, Nr. 11753-54.

Der erste Eindruck der Antwort.

Ein Ausschrei des bedrohten Ostens.

Vollendung des größten Wort- und Vertragsbruchs der Weltgeschichte.

Die vereinigten Volksräte in Danzig erlassen folgende Kundgebung:

Die Antwort der Entente auf die deutschen Gegenentwürfe ist die Vollendung des größten Wort- und Vertragsbruchs der Weltgeschichte. Millionenstimmig kam aus dem deutschen Osten das heilige Bekenntnis des Volkes zum Bewusstsein, die unerschütterliche Forderung auf sein Selbstbestimmungsrecht. Feindschaft und neutrale Haltung gegenüber haben in den letzten Wochen der Welt übertragungen nachgelassen, daß im Osten die Mehrheit des Volkes deutsch ist, deutsch fühlt und deutsch bleiben will.

Die Entente kennt das Hebräerwort deutscher Kultur und deutschen Besizes in der Ostmark. Sie will und trotzdem Polen anliefern. Sie will und hat von ihr selbst feierlich verkündete Selbstbestimmungsrecht vorenthalten. Sie will 2 1/2 Millionen Deutsche vergewaltigen, weil sie eben keine Verzeihung will, sondern die Vernichtung Deutschlands. Die Antwort der Entente auf unsere Gegenentwürfe liefert das höchstschändliche deutsche Volk des Ostens, seinen Besiz und seine Kultur einem eckelhaften, fanatischen, intoleranten und kulturell tiefstehenden Volke an.

Nun heißt es den Kopf hinhalten. Keine Verzweiflung und keine Verzweiflung darf und in dieser schwersten Stunde überfallen. Die Antwort der Entente hat für uns Ostmarkler keine Bedeutung. Noch ist nichts entschieden. Die Entscheidung liegt immer noch beim deutschen Volke. Es darf und wird die Ostmark nicht preisgeben. Durch Winnigs Mund hat die Reichsregierung ihren feinen Entschluß kundgegeben, einen polnischen Einmarsch in kritische Gebiete auf jeden Fall mit bewaffneter Hand abzuwehren. Wie Ostmarkdeutsche können keinen fremden Richter sprechen über unsere heiligsten Güter, aber unser vertriebenes Recht an uns selbst. In unseren Händen liegt jetzt unsere Rettung. Darin sind sich alle Schichten des deutschen Volkes im Osten einig. Man kann es nicht verschleiern und nicht vernichten, wenn wir nicht selbst unsere Zustimmung dazu geben. Wir geben sie niemals. Stellen wir jetzt ohne Unterschied der Partei und aller sonstigen Gegensätze einig zusammen, so retten wir uns vor dem Untergang und vor Anarchie. Der deutsche Osten läßt sich um das ihm feierlich zugesagte Selbstbestimmungsrecht nicht betrügen. Dieser Friede wäre ein Verbrechen am Bistum der deutschen Ostmark. Nun erwarten wir, daß die Regierung ihr gegebenes Wort einlöst. Wir stehen alle geschlossen hinter ihr. Würde sich die Regierung nicht stark genug fühlen, aber mangelte ihr die nötige Entschlußkraft, dann wird die Ostmark selbst durch entschlossenes Handeln das Unglück abwenden.

Einigkeit und unerschütterliche Entschlossenheit sind jetzt unsere Lösung. Das Recht steht auf unserer Seite.

Das Dokument des Hasses.

Ein Echo aus Neutralitäten.

Bern, 17. Juni. Die alliierten Bedingungen, die infolge einer äußerst mangelhaften Berichterstattung der Havas-Agentur nur in auseinandergerissenen Stücken bekannt wurden, haben nach einer Genfer Meldung des „Berne Tagblattes“ in der Westschweiz sehr große Enttäuschung hervorgerufen. Die Genfer „Feuille“ stellt fest, daß die neuen Bedingungen nicht besser seien als die alten. Ein Blick auf Oberschlesien nach der polnischen Besetzung würde gar nichts belegen. Am meisten ist das Blatt enttäuscht über das Ausbleiben der allgemeinen Abrüstung, wiewohl es in dieser Beziehung einen radikalen Eingriff des amerikanischen Parlaments erwartet. Das „Berne Tagblatt“ schreibt: „Clemenceau stellt in seinem unverfälschten Diktum das deutsche Volk so dar, als wäre es eine Bande von Räubern und Mördern. Auch dieses Schriftstück könnte kein Deutscher anders auffassen, als daß er es zerreißt und an den Aussteller zurücksendet. Wilson habe wahrscheinlich aus diesem Grunde das Schreiben auch nicht unterzeichnet. Der Brief sei ein rein französisches Produkt, ein Produkt desjenigen Frankreichs, das sich 40 Jahre hindurch in Haß und Unversöhnlichkeit gehüllt habe. Nach dieser Leistung eines alten häßlichen Mannes sei wenig Hoffnung vorhanden, daß der Friede unterzeichnet werde. Clemenceau habe mit dieser schändlichen Epistel den Frieden verbinden wollen, und es frage sich nur, ob seine Genossen die Absicht, mit einem Federstrich alle ihre Friedensbemühungen vernichtet zu haben, ruhig hinnehmen.“

Die Mantelnote der Ententeantwort, deren sachlichen Teil wir im Bericht in der ersten Beilage mitteilen, ist der Bekanntgabe des Textes der Antwort selbst vorausgeeilt. Die Uebersetzungsarbeit geht rasch vor sich.

Die Politik des Scheines!

Die ungenügenden Zugeständnisse.

Haag, 17. Juni. (G. R.) „New York World“ meldet laut Holländisch Bureau aus Paris: Die Veröffentlichung der Antwort erbringt den Beweis, daß die Politik immer noch das größte Wort redet. Die Lage, in welcher die englische und französische Regierung sich befinden, macht es unmöglich, offenerherzig vorzugehen. Und dieser Mangel an Offenherzigkeit kommt besonders in den Abschnitten, welche sich mit der Schadenersatzung und dem Völkerbund beschäftigen, zum Ausdruck, gleichfalls aber auch in den Paragraphen bezüglich des Saarreviers. Dennoch beweist eine eingehende Prüfung des neuen Wortlautes, daß in diesen wichtigen Hinsichten eine radikale Änderung stattgefunden hat. Zum Beispiel wird erklärt, daß bezüglich des Saarreviers alles beim alten bleibt. Aber tatsächlich veranlassen die neuesten Bestimmungen, daß das Gebiet zweifellos wieder zu Deutschland zurückkommt, während es nach den alten Bestimmungen Deutschland tatsächlich für immer verloren gewesen wäre. Es werden viele Worte gebraucht, um den Schein aufrechtzuerhalten, daß ein Diktatfrieden vorliege. Aber darunter fühlt man überall den Einfluss der liberalen öffentlichen Meinung. Dennoch wird diese öffentliche Meinung nicht aufrieben sein. Denn man ist noch immer nicht weit genug gegangen.

Wenn in Pariser amtlichen Kreisen behauptet wird, daß Deutschland unterschreiben werde, so machen diese Kreise wohl hier den Wunsch zum Vater des Gedankens, denn alle aus Tageslicht tretenden Anzeichen sprechen dagegen.

Der Eindruck in England.

Amsterdam, 17. Juni. (L. A.) Londoner Meldungen zufolge haben die gestrigen Abendblätter die Antwortnote der Entente im Wortlaut mitgeteilt, sich aber bisher jeden Kommentar enthalten. In der öffentlichen Meinung der englischen Hauptstadt, die stark unter dem Einfluss der Propaganda für eine Wiederholung der Friedensbedingungen stand, hat der scharfe Ton der Note eine gewisse Enttäuschung hervorgerufen. Nichtsdestoweniger ist die Uebersetzung vorberichtet, daß Deutschland es nicht bis zum Äußersten kommen lassen und seine Unterschrift unter das Dokument setzen wird.

Nationalversammlung und Friedensschluß.

Die schwerste Entscheidung.

Weimar, 17. Juni. Die Nationalversammlung traf heute nachmittags zu einer kurzen Sitzung zusammen, die außerordentlich stark besucht war.

Der Ministerpräsident Scheidemann

gab einen Überblick über die feindliche Mantelnote. Sie erlaube noch kein abschließendes Urteil. Ein vorläufiges Urteil sei aber verfehlt. In den allgemeinen gegen das deutsche Volk entfalteten Beschuldigungen sei Neues nicht enthalten. Aber er wolle dazu mit Bedauern feststellen, daß die Entente unseren Vorschlag zur Schaffung eines neutralen Schiedsgerichtes abgelehnt habe, das allein diese Beschuldigungen objektiv hätte prüfen können. Bedauerlich sei weiter, daß das ganze Volk mit den angeführten Vergehen und Verbrechen belastet werden solle. Diese Belastung solle aber die Berechtigung schaffen zu den schwereren Bedingungen, die im zweiten Teile der feindlichen Mantelnote dem ganzen deutschen Volke auferlegt werden sollen. Eine Begründung, die der vorgesehenen Regelung der Verhältnisse im Osten gegeben werde, lasse wenig Hoffnung aufkommen, daß wir in dem ausführlichen Memorandum auf ein wesentliches Entgegenkommen rechnen könnten. Das gelte auch für die übrigen territorialen Fragen, bei denen ebenso wie bei den wirtschaftlichen und finanziellen Fragen in der Mantelnote noch mancherlei Punkte völlig unklar seien. Angesichts dieser Unklarheiten und angesichts der Tatsache, daß das gesamte Material zurzeit noch nicht vorliege, könne heute eine Entscheidung noch nicht getroffen werden, nur der endgültige und vollständige Text der feindlichen Antwort könne die Grundlage für eine gemeinsame Friedensberatung zwischen Reichsregierung und Friedensausschuß abgeben. Das deutsche Volk, die Nationalversammlung und die Reichsregierung seien vor die folgenschwerste Entscheidung gestellt, und deshalb sei es Pflicht, gleichviel wie der Eingangs zu der Friedensfrage stehen möge, mit vollster Objektivität an diese Entscheidung heranzutreten. Niemand dürfe im Zweifel sein, daß unser Volk den schwersten Zeiten entgegenstehe.

Der Mittwoch wird mit Fraktionsberatungen angefüllt. Die Sitzung der sozialdemokratischen Fraktion beginnt um 10 Uhr früh.

Die Drucklegung der Antwort der Entente soll Mittwoch mittags 12 Uhr beendet sein.

Vor der Entscheidung.

Weimar, 17. Juni 1919.

Wir erwarten nach Mitternacht das Eintreffen der deutschen Friedensgesandtschaft, die mit blutigen Köpfen aus Versailles in die Heimat zurückkehrt. Das Vorgehen des Pariser Böbels gegen die Abgesandten der deutschen Republik, die gekommen war, einen Frieden der Versöhnung zu suchen, entspricht gewiß in keiner Weise dem Charakter und den Stimmungen des französischen Volkes. Wohl aber ist es nichts anderes als ein tälliger Ausdruck jener Gesinnungen, von denen die Antwort der Entente auf das deutsche Friedensangebot erfüllt ist. Es ist notwendiger denn je zu sagen, daß es zwei Frankreichs gibt, und daß jenes Frankreich, das den geschlagenen Vögeln mit Beschimpfungen und Steinwürfen traktiert, sicher nicht das bessere von beiden und wahrscheinlich auch längst nicht mehr das stärkere ist.

Hier ist einstweilen alles noch in Gährung. Es wäre sinnlos zu verschweigen, daß sich unter dem Druck der Verhältnisse eine Strömung entwickelt hat, die die Unterzeichnung für den taktisch sichereren Ausweg hält, aber es ist auch sicher, daß diese Strömung durch Ton und Inhalt der Ententeantwort an Stärke nicht gewonnen, sondern verloren hat. Die Anhänger der Unterzeichnung sagen, eine starke Partei in Frankreich arbeite ganz offensichtlich auf die Nichtunterzeichnung hin, weil sie in diesem Falle hofft, ihren Lieblingsplan einer vollständigen Restitutions Deutschlands verwirklichen zu können. Auf der anderen Seite scheint England die Unterzeichnung zu wünschen, um dann Deutschland gegenüber bei der Ausführung der Friedensbedingungen bis zu einem gewissen Grade die Rolle eines Beschützers des Schwachen spielen zu können. Die Anhänger der Unterzeichnung hoffen, daß das noch ausstehende Memorandum, das der Mantelnote beigelegt ist, greifbare Zugeständnisse enthalten wird. Sie glauben, daß der heilige Ton der Mantelnote vielleicht nur den Zweck verfolgen könne, durch die Schärfe der Form einen diplomatischen Rückzug im Sachlichen zu decken.

Die Gegner der Unterzeichnung sind dagegen überzeugt, daß es nur vom entschlossenen Willen des deutschen Volkes abhängt, in absehbarer Zeit eine grundlegende Aenderung des Friedensvertrages herbeizuführen. Sie glauben, daß der Protest, ohne den sich niemand die Unterzeichnung eines solchen Vertrages vorstellen kann, wirkungslos verhallt, daß dagegen ein Protest durch die Tat, d. h. eben die Verweigerung der Unterschrift, die stärkste Rückwirkung im gegnerischen Lager hervorrufen würde.

Die Antwort der Gegner liegt hier nicht vollständig vor. Wenn sie nicht mehr enthält, als die Mantelnote erwarten läßt, kann man es als sicher betrachten, daß die Regierung und die Friedensdelegation in ihrer letzten Zusammenkunft d. h. die Regierung Scheidemann und die von Brodorski-Ranbau geführte Delegation den Vertrag nicht unterzeichnen werden. Würde sich wider alles Erwarten ergeben, daß in der Nationalversammlung eine Mehrheit für die Unterzeichnung vorhanden ist, so mühte erst innerhalb der kurzen Frist, die zur Verfügung steht, eine neue Regierung gebildet werden, die neue Friedensdelegierte zu ernennen und mit der Unterzeichnung des Vertrages zu beauftragen hätte.

Dem Unterzeichner dieser Zeilen gilt es aber als der viel wahrscheinlichere und auch erwünschte Teil, daß sich die Nationalversammlung mit gewaltiger Mehrheit für die Nichtunterzeichnung entscheiden wird. In diesem Falle wäre es wohl richtig, wenn die Regierung den Gegnern zur Ueberprüfung des ablehnenden Votums eine allgemeine Abstimmung des deutschen Volkes vorschlagen würde. Es würden damit alle, auch die letzten Möglichkeiten erschöpft werden, um ein Wiederaufleben des Kriegszustandes, der ja ohnehin kein wirklicher wäre, zu vermeiden. Die Abstimmung mühte natürlich in voller Freiheit erfolgen, wofür alle möglichen Garantien gegeben werden können.

Würde die Entente eine solche allgemeine deutsche Volksabstimmung über Annahme oder Nichtannahme des Friedens ablehnen und sofort mit Zwangsmitteln vorgehen, so würde damit ihre moralische Position eine neue bedeutende Schwächung erfahren. Auf der anderen Seite hätte aber die deutsche Regierung gezeigt, daß die Loyalität ihres Friedenswillens bis an die äußerste Grenze des Möglichen und Denkbaren geht.

Nachdem schon Graf Brodorski-Ranbau in Versailles gegen den Angriff auf die deutsche Friede-

Den Delegation protestiert hat, wird auch die deutsche Regierung vor aller Welt gegen diese Verletzung des Völkerrechts feierlichst Verwahrung einlegen. Die neueste Note der Mächte macht das deutsche Volk für die Ausschreitungen aller einzelnen, die im Gange einer Kampfbildung begangen wurden, verantwortlich. Die deutsche Regierung hat hier die beste Gelegenheit, vor aller Welt klarzustellen, daß sie die Verbrechen einzelner nicht einem ganzen Volke zur Last gelegt werden dürfen. Was den Deutschen vorgeworfen wird, geschah in der Hitze des Gefechts. In Versailles ist eine friedliche, Frieden suchende, nach dem Völkerrecht unverlegliche Delegation überfallen worden. Dies sollte den Vögeln zeigen, daß sie über den Spalter, den sie im Auge der anderen suchen, den Balken im eigenen nicht vergessen dürfen.

Friedrich Stampfer.

## Die Höllelexzesse unter Zensur.

Schwiegen der Pariser Presse.

Verfall, 17. Juni. Ueber die Zwischenfälle bei der Abfahrt und im Laufe des gestrigen Abends darf die Presse nichts veröffentlichten. Die in den Blättern übereinstimmend wiedergegebene Meldung, anscheinend von Havas, verweigert die ganze Verfassungskommission und bemerkt sogar, die Abreise sei ohne Zwischenfall vor sich gegangen.

Deuxre enthält eine kurze Zensurklage, welche sich zweifelslos mit den Zwischenfällen beschäftigt.

Von den Blättern in englischer Sprache berichtet als einzige Zeitung „Chicago Tribune“ kurz über die Vorgänge. Goudaille habe gestern abend alle Hände voll zu tun gehabt. Die Einwohner von Versailles hätten in höchster Menge auf die Abreise der deutschen Delegierten gewartet und diesen auf ihrer Fahrt nach Rilly-le-Roi mit Pfeifen und Schreien das Geleit gegeben. Am Bahnhof angekommen, hätten die Deutschen sich von einer feindseligen Menge umgeben gesehen, welche, wie eine Radiomeldung besagt, Steine in die Automobile geworfen habe, sodaß mehrere Fensterscheiben eingeworfen wurden. Dies ist alles, was „Chicago Tribune“ meldet. Die von ihr erwähnte Radiomeldung findet sich in keiner Zeitung.

## Der französische Streik flaut ab.

Arbeitsaufnahme der Transportarbeiter.

Verfall, 17. Juni. Wie die Pariser Morgenzeitungen melden, hat der Kongress der Bergarbeitergewerkschaften der Nord-Departements beschlossen, seine Forderungen dem Schiedsrichter der Regierung zu unterbreiten. Diese Bergarbeitergewerkschaften hatten sich erst in jüngster Zeit dem allgemeinen Bergarbeiterverbande angeschlossen. In den übrigen Kohlenbergwerken Frankreichs dauert der Streik fort, die Eisenbahner, Seilseile und Hosenarbeiter behalten sich ihr weiteres Verhalten vor. Jouhaux erklärte, durch die Haltung der Bergleute Nordfrankreich werde der Streik im übrigen Frankreich nicht beeinflusst werden. Heute vormittag wird das Komitee der Arbeiterverbände erneut zur Beschlusfassung in Paris zusammentreten.

Der Transportarbeiterstreik in Paris ist beendet und die Arbeit wieder aufgenommen, jedoch haben trotz des förmlichen Versprechens Clemenceaus, daß keinerlei Strafmaßnahmen gegen Streikende durchgeföhrt würden, die Untergrundbahn- und Straßenbahn-Gesellschaft in Paris sich geweigert, 20 Streikende wieder einzustellen. Der Arbeitsminister sucht diesen Zwischenfall durch Vermittlung beizulegen.

Ein Misstrauensvotum für Cohen. Infolge des Zusammenstoßes zwischen Coudaille und Cohen auf dem Weimarer Parteitag ist von einigen Mitgliedern des Zentralrates der Antrag gestellt worden, Cohen als Vorsitzenden des Zentralrates ein Misstrauensvotum zu geben und ihn zum Rücktritt zu veranlassen. Der Antrag soll alsbald zur Entscheidung kommen.

## An die Jugend unserer Gegner.

Jugend spricht:

Wir sind gewillt, die Liebe auszusprechen.  
Wir jubelten, als alle Macht zerbrach.  
Nur noch neuen Zielen auszuweichen  
Nicht volle Kraft und Stolz der Sehnsucht nach.  
Wir brachen nieder! Wunder sind geschehen!  
Klingt ein Licht noch langgetragener Schmach.  
Wir sind bereit mit jugendlichem Wollen  
Kampfen zu kämpfen, wo noch Brand und Schollen.

Noch drohend wächst vor unsern harren Blicken  
Erneut Wespenst von Dämonen großer Macht.  
Wir haben eure Sitten, Rot zu schicken  
Und, die die Rot zu Wählenden gemacht.  
Leid, daß und Wut soll neue Fäden fäden  
In unser Leben, das uns nie gelacht.  
Bewusstlos an der Menschheit heißem Stirben  
Sohn wir verpfänden unser junges Leben.

So enden Träume. Ziele sind verhangen  
Es wird nur endlos Fesseln aufzubrechen.  
Auf Stätten, die wir meiden, blutigen, bangen,  
Wo sich erneuert Totentanz nur drehen.  
Bewusstlos sind die Ziele, die uns bangen!  
Was wir erschauen: nie wird es gelassen.  
Unwissend wachen wir, um Nord zu tragen.  
Die Engel bluten und die Mütter klagen!

Drum: Ihr, so jung wie wir, von Luft getragen,  
Gehet nicht ein vor ein Gericht berufen:  
„Ihr habt das zu? Ihr liebt ein Volk erschlagen  
Und buchtet, daß euer Wogen kufen  
Es marterten?“ — Antwort: Ihr dann Antwort sagen?  
Sagt: Nein! Nein! gegen eurer Sitten Klagen!  
Weißt heut ihr zu, was eure Herren veruchen —  
Die noch und allen werden euch veruchen!!

Danz-Franke.

## Das Ende der Atomtheorie!

Dem englischen Chemiker Ernest Rutherford soll es einer Rechnung des „Radioaktiven Quasiums“ zufolge gelungen sein, den Nachweis zu erbringen, daß Strontium kein Element ist, sondern aus Wasserstoff und Helium besteht. Die Tatsache würde, ihrer Wichtigkeit vorausgesetzt, geeignet sein, die Grundfragen unserer modernen Chemie zu erschüttern, die ja auf der Annahme von der Unteilbarkeit und Unveränderlichkeit der Atome, jener kleinsten Bausteine aller Materie, beruht.

Rutherford, Nobelpreisträger in Chemie, einer derjenigen Gelehrten, denen die Radiumforschung ihre wertvollsten Ergebnisse

## Ein Kampf um die Todesstrafe.

Die Aufhebung vom Verfassungsausschuß abgelehnt.

In seiner Beratung der Grundrechte hatte sich am Dienstag der Verfassungsausschuß der Nationalversammlung unter anderem auch mit einem Antrag der Genossen Quard und Kayenlein zu befassen, der die Einführung eines neuen Artikels in die Verfassung bezweckt: Die Todesstrafe ist abgelehnt. Während die Antragsteller sowie die Genossen Dr. Singheimer und Frau Bilal den Antrag lebhaft befürworteten, verhielten sich die bürgerlichen Teile zögernd teils direkt ablehnend. Die bürgerlichen Demokraten erklärten den gegenwärtigen Augenblick nicht geeignet für eine grundsätzliche Entscheidung der Frage, während der Zentrumsmann Dr. Gröber sich den ebenfalls alten wie abgeschmackten Witz leistete, die Herren Röderer sollten mit der Abschaffung der Todesstrafe beginnen.

Nach lebhafter Debatte wurde schließlich der sozialdemokratische Antrag abgelehnt, ebenso eine Resolution zugunsten der Abschaffung der Todesstrafe. — Ein großes Aufsehenzeugnis hat sich der Verfassungsausschuß mit dieser Entscheidung nicht gerade ausgestellt.

Am eingefügt wurde in die Verfassung ein Artikel 226, der zunächst die Familie für den beruflichen Schutzbund für vorzulebende Vollgenossen erklärt. Dabei fand auch ein von Genossen Bilal beantragter Zusatz Annahme, wonach das uneheliche Kind Anspruch auf vollständigen Unterhalt und Erziehung gegen Vater und Mutter hat.

## Die Abfindung der Hohenzollern.

Noch keine endgültige Regelung.

Die den „F. S. R.“ von beruener Seite mitgeteilt wird, entbehrt die von dem Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei, Hermann Müller, auf dem Weimarer Parteitag geäußerte Bemerkung, die preussische Regierung besaße sich im Augenblick mit der Abfindung der Hohenzollern, der tatsächlichen Grundlage. Die preussische Regierung hat bisher zur endgültigen Regelung der hohenzollernischen Abfindung noch gar nicht Stellung genommen. Es versteht sich von selbst, daß in diesen kritischen Tagen der deutschen und preussischen Geschichte die Regierung wirklich Wichtigeres zu tun hat, als die Entschädigungen für die entthronte Dynastie festzusetzen. Die erwähnte Äußerung Herrn Müllers dürfte wohl demnach nur auf irrtümliche Informationen zurückzuführen sein.

## Kriegsanleihe und Verkauf von Heeresgütern.

Berlin, 17. Juni. Die Kriegsanleihe wurde bisher zum Kennwerte angenommen bei dem Verkauf von Heeresgütern und von Material im Wert von 8 und 8 Kriegsanleihe solcher verprochen war. Wie wir von zuständiger Stelle erfahren, hebt das Reichsfinanzministerium nun diese Verpfändung auf, doch sollen die wirklichen Zeichner von Anleihen auch weiter das Recht haben, die genannten Güter mit Kriegsanleihen nach Kennwert zu bezahlen.

## Zur Berichtigung des Fürsten Lichnowsky.

Genosse Ed. Bernstein spricht und:  
Auf die Einleitung des Fürsten Lichnowsky in der heutigen Nummer des „Vorwärts“ habe ich folgendes zu erwidern:  
1. Es ist mir nicht eingefallen, den Fürsten Lichnowsky als Gewährsmann dafür zu nennen, daß Herr von Bethmann Hollweg 1914 den Kaiser unzufällig gebeten habe, von der Kriegserklärung Abstand zu nehmen. Der stenographische Bericht meiner Rede wird zeigen, daß ich den Fürsten in diesem Zusammenhang überhaupt nicht erwähnt habe. Ich beschätze ihn vielmehr gern, daß er niemals zu mir dergleichen geäußert hat. Mir wurde die Sache im September oder Oktober 1914 von einem Gelehrten erzählt, der mich seiner Stellung genau über die damaligen Vorgänge unter-

richtet war und Bethmann Hollweg in meinen Augen zu rehabilitieren suchte.

II. Auf die weitere Bemerkung des Fürsten Lichnowsky, daß ich durch meine Ausführungen auf dem Parteitag in Weimar die Sache Deutschlands geschädigt habe, habe ich zu bemerken, daß, soweit Worte in diesem Stadium etwas für Deutschland verschlechtern können, nicht das, was ich in Weimar gesagt habe, sondern das, was mir in den Mund gelegt worden ist, eine solche Wirkung haben könnte. Der stenographische Bericht meiner betreffenden Rede wird das für jeden, der von diesen Dingen etwas versteht, außer Zweifel stellen. Ich kann denn auch die milderen Umstände, die mir Fürst Lichnowsky zubilligen will, gegen meine Absicht Deutschland geschädigt zu haben, nicht akzeptieren. Den Politikern entschuldigt die gute Absicht nicht. Er muß wissen, welches die voranschreitenden Wirkungen seiner Worte und Taten sind, und danach handeln. Ich bin nicht nur überzeugt, sondern habe auch irrtümliche Beweise dafür, daß in dieser schweren Situation nichts dem deutschen Volke mehr nützen würde, als wenn seine Politiker ohne Ausnahme sich dazu entschließen würden, in der Frage der Verantwortungen rückhaltlos an die entscheidend ins Gewicht fallenden Tatsachen sich zu halten, und in der Frage der Friedensbedingungen nicht nach vermuteten Wünschen oder Beweggründen, sondern lediglich nach einheitlichen Rechtsgrundsätzen und vernunftgemäßem voraussetzenden Willen zu handeln. Erfahrungsgemäß darf man bei solchem Vorgehen auf mehr Entgegenkommen der anderen Seite rechnen, als bei jedem anderen System. Strenge Wahrheit und Gerechtigkeit ist die beste Politik.

Von dieser Auffassung ausgehend, hatte ich meine Resolution über die Auslandspolitik der Sozialdemokratie formuliert. Nachdem diese durch Adolf Braun und Genossen eine — ich will es nicht ausdrücken — Denaturierung erfahren hat und in dieser Gestalt angenommen und veröffentlicht worden ist, darf ich die Redaktion des „Vorwärts“ wohl erlauben, nun auch meinen Originaltext bekanntzugeben. Die Leser werden dann am besten beurteilen können, welches die Maximen der von mir vertretenen Auslandspolitik der Sozialdemokratie sind.

Berlin-Schöneberg, 17. Juni 1919.

Ed. Bernstein.

Der Untersuchungsausschuß der Preussischen Landesversammlung in Sachen der Unruhen im Januar nahm gestern ein Schreiben des Reichswehrministers zur Kenntnis, wonach dieser sich dem Untersuchungsausschuß bei einer etwaigen Aussage vor dem Untersuchungsausschuß machen will. Mündlich hat der Reichswehrminister dem Vorsitzenden des Ausschusses noch erklärt, er denke nicht daran, sich in Schutzhaft zu nehmen. Der Ausschuß hielt diese Erklärung für durchaus ausreichend. Der Vertreter der unabhängigen Sozialdemokratie erklärte indessen, sich hierzu noch nicht äußern zu können, daß er vor dem Untersuchungsausschuß erscheine. Infolgedessen beschloß der Ausschuß nachmal, eine von dem Vertreter der U. S. D. formulierte Erklärung dem Reichswehrminister vorzulegen, wonach sich ihm weder auf seiner Reise nach Berlin noch binnen drei Tagen nach seiner Vernehmung vor dem Untersuchungsausschuß verhalten werden wird.

Im übrigen setzte der Ausschuß das Zeugnisverfahren fort. Es wurden vernommen: Oberleutnant von Carnat über die Vorgänge in der Dragonerkaserne am 11. Januar, Stadtkommandant Major-Charlottenburg über Panzergrenadiere der Putschisten am 6. Januar auf den unbewachten Demonstrationszug der Reichswehrsoldaten, und der Vorsitzende des Zentralrats Max Cohen über die Einigungsverhandlungen während der Jannarunruhen und den verunglückten Sturm auf das Kriegsministerium am 6. Januar.

Die Zeugenernehmung wird in der nächsten Woche fortgesetzt. Der Vertreter der U. S. D. kündigte an, daß er umfangreiche Verwehrrträge zu stellen hätte.

Berichtigung: Im Bericht vom Parteitag (S. Verhandlungsangabe) muß es statt Reichs-Rüstungen heißen Reichs-Rüstungen.

Im Bericht der gestrigen Morgennummer heißt es: „Dittmer-Berlin: Die Hätbewegung ist insofern eine künstliche“ usw. Diese Rede hat Genosse Ritter-Berlin gehalten.

bedankt, darf wohl den Anspruch erheben, daß man seine Behauptungen einer sorgfältigen Nachprüfung unterzieht, ehe man sie verwirft. Seit Entdeckung des Radiums stand der Forscher an erster Stelle unter denjenigen, die davon gingen, die Geheimnisse dieses rätselhaften Stoffes zu erschließen. Seine Theorie, die er zusammen mit Soddy und Rutherford aufstellte, geht dahin, daß die merklichen Strahlungserscheinungen des Radiums daraus beruhen, daß dessen Atome nicht stabil sind, sondern dauernd dem Zerfall unterliegen, wobei Energie in Gestalt eben jener Strahlungserscheinungen frei wird. Das Zerfallsprodukt, die gasförmige „Emanation“, verwandelt sich in kurzer Zeit in Helium, das zu den in der Atmosphäre in geringen Mengen vorhandenen sogenannten „Edelgasen“ gehört. Worauf nun seit der Aufstellung dieser „Zerfallstheorie“ Zweifel an der Unveränderlichkeit der Atome ausgesprochen worden, so würden sich diese nach der Zerlegung des Strontiums in seine Bestandteile als gerechtfertigt erweisen, d. h. die Atomtheorie, seit ihrer Aufstellung durch Dalton im Jahre 1804 die Grundlage unserer heutigen Chemie, wäre unbegründet, und die chemische Wissenschaft müßte auf anderer Basis aufgebaut werden!

Welches wären nun aber die praktischen Ergebnisse dieser Entdeckung? Wenn es uns gelänge, wie chemischen oder physikalischen Mitteln dem Strontium in seine Bestandteile zu zerlegen, so würden dabei, genau wie beim freiwilligen Zerfall des Radiums, Energiemengen frei, deren Benutzung uns dem Ende aller Kohlenstoffe der Erde mit Ruhe entgegensehen ließe. Während sich nämlich die radioaktiven Stoffe, aus der äußeren Erdkruste wenigstens, nur in geringen Quantitäten vorfinden, liegt uns der Strontium der Luft in unbegrenzten Mengen zur Verfügung, denn vier Fünftel der Erdatmosphäre besteht aus jenem Gas. Der freiwerdende Wasserstoff würde bei seiner hohen Verbrennungstemperatur zur weiteren Ausnutzung werden, deren Ausnutzung unsere Industrie vor ganz neue Aufgaben stellen würde. Das Helium, der zweitwertigste Stoff, könnte als Füllung von Luftschiffen, wie es seit kurzem angeblich in Amerika bereits geschieht, Anwendung finden. Welche Anwendung aber unsere ganze Lebensführung durch die Zerlegung weiterer Grundstoffe in ihre Teile, deren Beschaffung ja nunmehr die Hauptaufgabe der neuen Chemie wäre, erfahren würde, vermag sich die Phantasie eines Jules Verne nicht vorzustellen: der Stein der Weisen wäre entdeckt.

Dr. M. K.

## Gegen die Kaiserbilder in den Schulen.

Auf Anregung des Magistrats der Stadt Berlin veranstaltet die Genossenschaft sozialistischer Künstler eine Ausstellung von Bildwerken, Graphik und Klein-Plakatt, die an die Stelle der entfernten Kaiserbilder in den Schulen treten sollen. Die genannte Genossenschaft sagt zu dem Unternehmen:

Wir sind uns der Verantwortung bewußt, die wir durch die Veranstaltung dieser Ausstellung auf uns nehmen. Die Frage der künstlerischen Erziehung des Kindes, die eine der wichtigsten Schulreformen bedeutet, wird hoffentlich durch uns Mollen gebracht. Pädagogik in allen Ehren! — Für uns sozialistische Künstler handelt es sich in der Hauptsache darum, daß eine schöne, junge und klare Kunst, gute und preiswerte Graphik in die Schulen und in die Massen hineingelagert. Sollte die Ausstellung die Beachtung finden, die wir zweifellos erwarten dürfen, so ist gedacht, sie als Arbeiter-Kunstausstellung von einem Bezirk

Berlin in den anderen weiter zu führen, verbunden mit künstlerischen Erziehungsvorträgen, die von den Künstlern selbst gehalten werden.

Darum richten wir an alle Berufsvereinigungen, Arbeitsgruppenverbände, Gewerkschaften, Vereine, Kolonnen und Bildungsausschüsse der Arbeiterklasse, sowie an jeden einzelnen, dem die Kunst herzensnah ist, die dringende Bitte, unsere Ausstellung zu besuchen, deren Eintritt kostenfrei ist. Die Eröffnung findet statt am Sonnabend, den 21. Juni, vorm. 11 Uhr, in der Städtischen Vaugewerkschule, Berlin W., Ausrufstraße 141. Bei einem Besuch geschlossener Vereinigungen erbiten wir vorhergehende Annahmen an die Geschäftsstelle der Genossenschaft sozialistischer Künstler, Berlin-Steglitz, Rummelsstr. 24. Fernsprecher: Steglitz 3166.

## Notizen.

— Das Kinobild im Schulunterricht. Im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Vordamer Str. 120, ippel am 20. Juni, abends 8 Uhr, der Leipziger Universitätsprofessor Jolles über: Die Bedeutung des lautenden Bildes für die Darbietung von Rollen im sprachlichen und geschichtlichen Unterricht.

— Eine Kunstbeschichte für Frauen, die erste vollständige Darstellung in Deutschland, wird dieser Tage im Tschaldorfer Aushaus als Teil der Kunstakademie eröffnet. Sie soll nicht nur künstlerisch wertvoll sein, sondern auch den Frauen ein Bild der Welt zeigen, denen die soziale Lage eine geregelte Ausbildung bisher verweigert.

— Der Eisenkammer Altar von Matthias Grünwald, der heute noch in der Alten Synagoge in München die Freude zahlloser Besucher ist, wird in nicht ferner Zeit in das neue französische Colmar zurückwandern müssen. Dr. Wilhelm Dauterive gibt im Verlag Walter G. F. Girard in München ein Werk heraus, das ein Abschlußbericht an diese einzigartige deutsche Schöpfung sein soll.

— Die Wiedererrichtung des Darger Bergtheaters findet nach mehrjähriger Pause in diesem Sommer unter Leitung des Volksdramaturgen Heinz Schwabhorn statt. Der Antrag hat auch diesem Unternehmen großen Schaden gebracht.

— Auch der Toten. Unter diesem Titel erscheint jetzt im Münchner Roland-Verlag ein Werk des Arbeliten der gefallenen Dichter Peter Baum, Gustav Sad, Alfred Pichtenstein, Ernst Wilhelm Vogt, Ernst Stadler und Georg Trask enthält. Ein Holzschchnitt des gefallenen bedeutenden Malers Franz Marc zielt das Werk.

— Nein, diese Chinesen! Während und immer noch Häpfe hinten und vorn baumeln, wollen die Chinesen ihren allergeringsten Fortschritt abschneiden. Wie aus einem Glas des chinesischen Unterrichtsministers hervorgeht, soll in den Schulen des Reiches der Mitte die Bilderschrift durch die Buchstabenchrift ersetzt werden. In 40 000 Zeichen mußte bisher der Schriftkundgelehrte lernen — für das Volk aber erstreckte die Literatur kaum. Das fünftägige chinesische Alphabet wird neununddreißig Buchstaben umfassen, von denen vierundzwanzig auf Anfangsbuchstaben, drei auf Mittel- und zwölf auf Endbuchstaben entfallen sollen. Diese merkwürdige Verteilung wirft ein Licht auf die Fremdenfeindschaft und Eigenart der chinesischen Sprache.

Die Antwort der Entente.

Wortlaut des materiellen Teiles der Mantelnote.

Nach dem in den ersten beiden Teilen der Mantelnote die Schuldfrage in größter und umfassendster Form behandelt ist (siehe geführte Nachmittagsausgabe) folgt der Text fort:

III. In Anwendung dieser Prinzipien haben die alliierten und assoziierten Mächte Vorkehrungen getroffen, um

Polen

als unabhängigen Staat wieder herzustellen, mit einem freien und sicheren Zugang zum Meere. Alle die Territorien, welche von unabweislich polnischer Bevölkerung bewohnt sind, sind Polen zu übertragen worden; alle die Territorien, welche von einer deutschen Mehrheit bewohnt sind, außer einigen isolierten Städten und einigen Kolonien, welche auf Wunsch mit Gewalt erzwungenen Einwohnern errichtet sind und müssen in unabweislich polnischer Bevölkerung liegen, sind Deutschland überlassen worden.

Die Stadt Danzig

wird die Bevölkerung einer Freistadt erhalten. Ihre Einwohner werden autonom sein; sie werden nicht unter der Herrschaft Polens sein und keinen Teil des politischen Staates bilden. Polen wird gewisse wirtschaftliche Rechte in Danzig erhalten. Die Stadt selbst ist von Deutschland abgetrennt worden, weil es keine andere Möglichkeit gab, um jenen freien und sicheren Zugang zum Meere zu schaffen, welches Deutschland abzugeben bereit ist.

Die deutschen Gegenentwürfe widerstreben vollständig der Grundlage, die für den Friedensvertrag angenommen wurde. Sie lauten darauf hinaus, daß harte Maßnahmen voll unabweislich polnischer Bevölkerung unter der Herrschaft Deutschlands behalten werden. Sie bezeichnen einen freien Zugang zum Meere einer Nation von mehr als 20 Millionen Einwohnern, deren Landesleute den Zugang nach der harte führenden Weg entlang in der Meerestiefe sind, um die Landverbindungen zwischen Ost- und Westeuropa wieder zu erhalten, deren Verkehr sich immer in einer Linie über Meer abwickelt hat. Diese Gegenentwürfe können daher von den alliierten und assoziierten Mächten nicht angenommen werden. Jedoch hat die deutsche Note eine Berücksichtigung notwendig, welche auch statfinden wird. Unter Berücksichtigung der Versicherung, daß

Oberösterreich

abgleich von einer Mehrheit Polen im Verhältnis 2:1 bewohnt (eine Million deutschsprachige, tausend gegen sechshunderttausend polnisch) und nach der deutschen Volkszählung von 1910 deutsch sprechen wird, wünschen die Mächte daran ein, daß die Antwort auf die Frage, ob Oberösterreich einen Teil Deutschlands oder Polens bilden soll, durch die Abstimmung der Einwohner selbst entschieden werde. — Das für das

Esargriet

von den alliierten und assoziierten Mächten vorgeschlagene Regime soll 15 Jahre dauern. Diese Regelung ist als Teil des allgemeinen Wiedergutmachungsplanes sowie als unmittelbare und besser, Kronleihen zur letzten Kompensation für die industrielle Produktion seiner Kohlenminen des Reichens für notwendig befunden worden. Das Direktorium ist nicht unter die Souveränität Frankreichs gestellt worden, sondern unter die Kontrolle des Völkerbundes. Eine solche Regelung hat den Vorteil, daß sie keine Kontingente behauptet und daß

Frankreich das Eigentum an den Eisen anerkennt

und die wirtschaftliche Einheit des Kohlenbeckens, welche für die Interessen der Einwohner so notwendig ist, aufrecht erhält. Nach 15 Jahren wird die Bevölkerung zusammengelegten Elsaßes, welche in der Zwischenzeit ihre lokalen Angelegenheiten unter der Aufsichtnahme und der Regierung des Völkerbundes kontrollieren kann, volle Freiheit haben, sich zu entscheiden, ob sie die Verbindung mit Deutschland, die Verbindung mit Frankreich oder die Fortsetzung des im Versailler Vertrag vorgesehenen Regimes wünscht. Die Ländergebiete, welche man von Deutschland auf

Dänemark und Belgien

zu übertragen vorgeschlagen, wurden zum Teil gewaltsam von Preußen genommen und keine Wiedergutmachung war statfinden, die nicht das Ergebnis der Entscheidung der Einwohner ist. Diese Entscheidung soll mit solchen Vorkehrungen getroffen werden, daß die Freiheit der Abstimmung voll gewahrt wird. Schließlich sind die alliierten und assoziierten Mächte der Meinung, daß die Eingetragenen der

deutschen Kolonien

sich selbst dem Gedanken widersetzen, unter die deutsche Souveränität zurückzuführen. Die Wiederherstellung der deutschen Verwaltung, die deutschen Verwaltungsformen und der Gebrauch, der von den Kolonien als Basis zum Handel auf den Weltmarkt gemacht worden ist, machen es den alliierten und assoziierten Mächten unmöglich, diese Kolonien Deutschland zurückzugeben oder ihm die Verantwortung, ihre Einwohner zu bilden, und zu erziehen, zu übertragen. Die Entente glaubt die alliierten und assoziierten Mächte, daß ihre territorialen Vorschläge mit den Friedensgrundlagen übereinstimmen, wie sie angenommen sind und wie sie für den künftigen Frieden Europas notwendig sind. Infolge dessen sind sie nicht geneigt, diese Vorschläge, abgesehen von den angeführten Wünschen, zu verändern.

Die Vorschläge betreffend die

internationale Regelung der Handelswege

sind die Festlegung der handelsrechtlichen Regelung. Es entspricht den Friedensgrundlagen, so wie sie angenommen wurden, und ebenso dem in Europa geltenden öffentlichen Recht, daß die im Innern des Kontinents liegenden Staaten dem Laufe der ihr Territorium durchziehenden Flüsse entlang, einen gesicherten Zugang zum Meere haben. Die alliierten und assoziierten Mächte meinen, daß die Regelung, die sie vorschlagen, von vitaler Wichtigkeit für die freie Entwicklung der neuen Kontinentalstaaten ist. Dies bedeutet keine Beeinträchtigung der Rechte der übrigen Uferstaaten. Können man die heute diskreditierte Doktrin an, daß jeder Staat auf Leben und Tod in einem Kampf um Vorrang gegen seine Nachbarn verwickelt ist, so behände kein Zweifel, daß die fragliche Regelung ein Hindernis für die internationale Entwicklung eines Abolition bilden könnte. Aber wenn das angenommene Ideal in einer Zusammenarbeit der Nationen

auf dem Wege des Handels und des Friedens besteht, so ist die in Rücksicht genommene Regelung notwendig und gerecht. Die Kommissionen garantieren, daß dem allgemeinen Interesse Rechnung getragen wird. Inzwischen sind gewisse Abänderungen in der Anwendung dieser Bestimmungen an den ursprünglichen Vorschlägen getroffen worden.

IV. Es scheint, daß die deutsche Delegation sich in einem schweren Irrtum über den Sinn der

wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen

befindet. Die alliierten und assoziierten Mächte haben nicht die Absicht, Deutschland zu erzwängen und ihm den Stolz zu nehmen, der ihm im internationalen Handel zukommt. Vorausgesetzt, daß es die Bedingungen des Friedensvertrages erfüllt und daß es gleichermäÙig die Lieferleistungen der Angriffs- und Hebesortleistungen, welche seine Methoden sowohl auf geschäftlichem, wie auf politischem Gebiete charakterisiert haben, aufgibt, so haben die alliierten und assoziierten Mächte die Absicht, Deutschland eine gerechte Behandlung zuteil werden zu lassen, sowohl hinsichtlich des Kaufes der Rohstoffe, wie des Verlaufs der Waren. Verhältnißlich der einseitigen, oben erwähnten Maßnahmen, welche im Interesse der durch Deutschlands Handlungen bewirtschafteten und geschädigten Nationen festgesetzt worden sind, wünschen die alliierten und assoziierten Mächte, daß die durch den Krieg verursachten Leiden so bald wie möglich erlöschen und daß alle Nationen an dem Wohlstande teilhaben, der aus dem Verkehr entsteht, wo jeder endlich den Wünschen des anderen entgegenkommt. Sie wünschen, daß Deutschland wie die anderen Nationen dieses Wohlstandes teilhaftig werde; aber ein beträchtlicher Teil wird für viele Jahre dazu beitragen müssen, bei den Nachbarn die Schäden wieder gut zu machen, die Deutschland verursacht hat. Um ihre Absichten klar zu stellen, haben die alliierten und assoziierten Mächte eine Anzahl der finanziellen und wirtschaftlichen Klauseln des Vertrages verändert; aber die Grundzüge, auf denen der Vertrag beruht, werden nicht berührt.

V. Die deutsche Delegation befindet sich in großem Irrtum über den die

Wiedergutmachungen

betreffenden Vorschlag des Friedensvertrages. Dieser Vorschlag begrenzt die von Deutschland zu leistende Summe auf den Betrag, der sich aus dem deutlich rechtfertigt aus den Bestimmungen des Waffenstillstandsvertrages, soweit er den der Rückzahlung der alliierten durch den Angriff Deutschlands verursachten Schaden betrifft. Er bedeutet keineswegs eine Einmischung der Wiedergutmachungskommission in die inneren Verhältnisse Deutschlands, so wie es ihm die deutsche Delegation unterstellt.

Er bezweckt, den hohen Kosten der Wiedergutmachungen, welche Deutschland auferlegen, so leicht wie möglich zu machen; so muß er aufgehoben werden. Die alliierten und assoziierten Mächte sind infolgedessen nicht geneigt, eine Änderung vorzunehmen.

Wer sie erkennen wie die deutsche Delegation die Vorteile an, so bald wie möglich die bestimmte Summe zu kennen, welche Deutschland zahlen muß und welche für die Alliierten annehmbar ist.

Es ist nicht möglich, diese Summe heute festzusetzen,

denn das Ausmaß des Schadens und die Kosten der Wiedergutmachung haben noch nicht festgestellt werden können. Infolgedessen willigen die alliierten und assoziierten Mächte ein, Deutschland alle notwendigen und vernünftigen Versicherungen zu gewähren, um ihm zu gestatten, sich ein Gesamtbild von den Vermächtigungen und Schäden zu machen, und innerhalb 4 Monaten vom Tage der Zeichnung des Vertrages Vorschläge für die Regelung der Ansprüche zu unterbreiten, die jeder der Kategorien von Schäden entsprechen, für die es verantwortlich ist. Wenn man innerhalb von zwei Monaten nach Inkrafttreten des Vertrages zu einem Uebereinkommen gelangen kann, so wird die genaue sekundäre Verantwortlichkeit Deutschlands auf diese Weise festgestellt werden. Wenn eine Vereinbarung in dieser Zeit nicht zustande kommt, so wird die durch den Vertrag vorgesehene Regelung in Kraft treten.

VI. Die alliierten und assoziierten Mächte haben den Wunsch der deutschen Delegation, Deutschland sofort in den Völkerbund aufzunehmen, sorgfältig geprüft. Sie können diesem Wunsche nicht beistimmen.

Die deutsche Revolution ist bis zu den letzten Augenblicken des Krieges hinweggezogen worden. Es jetzt haben die alliierten und assoziierten Mächte keine Garantie dafür, daß diese Revolution einen dauerhaften Wechsel bedeutet. Bei dem augenblicklichen Stande der internationalen öffentlichen Meinung ist es unmöglich, von den freien Nationen der Welt zu erwarten, daß sie sich sofort und auf gleichem FuÙe mit denjenigen bereinigen, die ihnen so schweres Unrecht getan haben. Jeder Versuch, dieses Resultat vorzeitig zu erreichen, würde die von allen erhoffte Beruhigung verzögern, anstatt zu beschleunigen. Aber die alliierten und assoziierten Mächte glauben, daß, wenn das deutsche Volk durch die Tat seinen Wunsch den Friedensbedingungen zu genügen, zeigt und auf immer auf die aggressive Politik, welche ihm den Rest der Welt entfremdet hat und welche der Grund des Krieges gewesen ist, verzichtet, und wenn es seine Umwandlung in ein Volk, mit dem man in guter Nachbarschaft und in gutem Einvernehmen leben kann, beweist, dann wird die Orientierung an die letzten Jahre sich schnell auswirken und es wird möglich sein,

in einer nicht ferren Zukunft

den Völkerbund durch Aufnahme Deutschlands zu ergänzen. Die alliierten und assoziierten Mächte wünschen ausdrücklich, daß dem so sein möge. Sie glauben, daß die Zukunft der Menschheit von der engeren freundschaftlichen Zusammenarbeit aller Nationen abhängt, um die internationalen Fragen zu regeln und alles das zu begünstigen, was das Wohl und den Nutzen der Menschheit betrifft. Aber hauptsächlich von der Haltung des deutschen Volkes selbst wird es abhängen, ob Daraus ein Beitritt in den Völkerbund in größerer Nähe zu rufen.

VII. Im Laufe der Erörterung der wirtschaftlichen Bestimmungen und an anderer Stelle hat die deutsche Delegation ihre Anfragen gegen die von den alliierten und assoziierten Regierungen angelegte Methode erneuert. Die

Methode

ist und vor fest eine rechtmäßige und anerkannte Kriegsmaß-

nahme; ihre Ausführung hat sich in den verschiedenen Epochen jeweils den Veränderungen des internationalen Verkehrs angepaßt.

Wenn die alliierten und assoziierten Mächte Deutschland eine Blockade von ungewohnter Strenge auferlegt haben, die sie sich selbständig bewußt haben, den Prinzipien des internationalen Rechts anzupassen, so geschah es infolge des verdröhnlichen Charakteres des von Deutschland unternommenen Krieges und der barbarischen Methoden, die es im Laufe dieses Krieges angewandt hat.

Anderefalls haben es die alliierten und assoziierten Mächte nicht für nötig gehalten, die Behauptungen der deutschen Note Punkt für Punkt zu erwidern. Die Tatsache, daß dergleichen einige Bemerkungen mit Schmeißen übergegangen sind, bedeutet nicht, daß sie zugestanden sind oder den Gegenstand späterer Erörterungen bilden können.

VIII. Zum Schluß müssen die alliierten und assoziierten Mächte klar feststellen, daß diese Note und die ihr beigelegte Deutschrift

Ihr letztes Wort

bedeuten. Sie haben die deutschen Vorschläge und Gegenanschläge mit Sorgfalt und erster Aufmerksamkeit geprüft; sie haben auf Grund dieser Prüfung bedeutende Konzessionen in der praktischen Anwendung gemacht.

Was aber die Grundlinien angeht, so beharren sie bei dem Bestehen. Sie glauben, daß dieser Vertrag nicht nur eine gerechte Regelung des großen Krieges darstellt, sondern auch die Grundlage schafft, auf der die Völker Europas auf dem FuÙe der Freundschaft und Gleichheit miteinander leben können. Gleichzeitig schafft der Vertrag das notwendige Organ, um auf friedliche Weise alle internationalen Probleme auf dem Wege der Besprechung und Verständigung zu regeln und die Mittel zu finden, die Regelung des Jahres 1919 selbst von Zeit zu Zeit abzuändern, indem sie es neuen Tatsachen und Verhältnissen anpaßt, je nachdem sie vorliegen werden. Die Regelung beruht allerdings nicht auf einer allgemeinen Abstimmung für die Ereignisse der Jahre 1914 bis 1918, denn sonst wäre es nicht ein Gebilde der Gerechtigkeit. Aber sie stellt einen aufrechten und dauerhaften Versuch dar zur Herbeiführung jener Herrschaft des Rechts, die auf der Zustimmung der Völker beruht und durch die organisierte Meinung der Menschheit gestützt wird, die als Grundlage für den Frieden vereinbart worden ist.

Es ist schwerer nun, es in der heute vorliegenden Formulierung angenommen oder abgelehnt werden. Infolgedessen erwarten die verbündeten und assoziierten Mächte von der deutschen Delegation

innerhalb von fünf Tagen,

dem Tage der gegenwärtigen Mitteilung gerechnet, eine Erklärung, die ihnen zu erkennen gibt, daß sie bereit ist, den Vertrag, wie er heute ist, zu unterzeichnen. Falls die deutsche Delegation innerhalb der angegebenen Frist erklärt, daß sie bereit ist, den Vertrag so, wie er heute ist, zu unterzeichnen, so werden die Voraussetzungen für die sofortige Unterzeichnung des Friedens in Versailles getroffen werden. Mangels einer solchen Erklärung stellt die gegenwärtige Mitteilung die Ankündigung dar, die in Artikel 2 der Konvention vom 10. Februar 1919 vorgesehen ist, durch die der am 11. November 1918 abgeschlossene und durch die Konvention vom 13. Dezember 1918 und 15. Januar 1919 verlängerte Waffenstillstand weiter verlängert wurde. Es wird infolgedessen der gedachte

Waffenstillstand beendet

werden, und die verbündeten und assoziierten Mächte werden diejenigen Maßnahmen ergreifen, die sie für notwendig erachten werden, um ihre Bedingungen aufzulegen.

Geschätzten Sie, Herr Präsident, die Versicherung meiner angeleglichen Hochachtung.

Briefkasten der Redaktion.

Heute fällt die juristische Sprechstunde aus.

Der Herr des Briefkastens bestimmten Beiträge über man einen Nachbarn und eine Nummer der Briefliche Aufsätze wird nicht erstellt. Folgende Beiträge sind in der juristischen Sprechstunde, Nummer 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.







Konferenz der sozialdemokratischen Frauen Deutschlands.

Zweiter Verhandlungstag, 16. Juni 1919.

Am zweiten Verhandlungstage ergänzte Genossin Behm-Schuch

ihre Rede vom Sonntag durch einige Mitteilungen über die geplanten Erweiterungen der 'Gleichheit'.

Genossin Köhler: Die Parteipaltung hat auch in der Frauenagitation zu höchst unerwünschten Zuständen geführt.

Genossin Müller-Stuttgart: Wir in Süddeutschland verstehen es nicht, daß die Referate nur Berliner Genossinnen übertragen worden sind.

Helene Gränberg: Die Frauenagitation muß auf eine ganz neue Grundlage gestellt werden.

Genossin Köhler: Die Politik muß mit weitestgehenden Persönlichkeiten durchgeführt werden.

Genossin Klum-Essen: Die sozialen Einrichtungen, die infolge des Krieges eingeschlossen sind, müssen baldmöglichst wieder aufgestellt werden.

Genossin Wulf-Härtel (Bayern): Das größte Hemmnis unserer Wirkens ist nicht die mangelnde Anerkennung der Genossinnen untereinander.

Genossin Woll-Stuttgart: In die Kultusministerien müssen viel mehr Frauen hinein. Wir verlangen ein Reichsjugendministerium, das die gesamten Fragen der Kindererziehung zu behandeln hat.

Genossin Anzorge: Im politischen und gewerkschaftlichen Leben wird die Frau zurückgedrängt.

In der weiteren Aussprache wird wiederholt auf die Notwendigkeit verwiesen, die festsitzenden Einrichtungen der Ferienausflüge fortzuführen und auszubilden.

Genossin Zuchacz: Dem Kampf mit den Unabhängigen dürfen gerade die Frauen nicht aus dem Wege gehen.

Genossin Anzorge: Die Tätigkeit in diesen Berufen wird jetzt bei den Frauen betruht stark gemindert.

Genossin Köhler: Die Tätigkeit in diesen Berufen wird jetzt bei den Frauen betruht stark gemindert.

Genossin Köhler: Die Tätigkeit in diesen Berufen wird jetzt bei den Frauen betruht stark gemindert.

Genossin Köhler: Die Tätigkeit in diesen Berufen wird jetzt bei den Frauen betruht stark gemindert.

Schließlich wurde die Herausgabe unserer Kriegs- und Biologengenenge gefordert.

Preussische Landesversammlung.

Dienstag, den 17. Juni 1919.

Am Regierungstisch: Derselbe. Eine Anfrage des Abg. v. Nordhoff über einen mit gefährlichen Drogen für Deutsche belasteten Befehl des polnischen Abwehrkommandanten von Lissa beantwortet ein Regierungsvertreter darin, daß die Regierung den Obersten Polnischen Befehl nicht im Zweifel darüber gelassen habe, daß sie zu Vergeltungsmassnahmen gegen polnische Weissen schreiten würde.

Auf eine Anfrage des Abg. Böggerel (Soz.) über Schadenersatz für die infolge des außerordentlich schweren Automobilverkehrs der Besatzungstruppen im besetzten Gebiet getöteten oder verletzten Einwohner erklärt die Regierung, daß sie für Schadenersatz sorgen will.

Zu einer Anfrage des Abg. Men (Z.) über die Tätigkeit der Zentralstelle für Heimatdienst bemerkt ein Regierungsvertreter, daß der Heimatdienst eine Einrichtung des Reiches ist, auf die die preussische Regierung keinen Einfluß habe.

Eine Anfrage, warum die Regierung die auf Grund des alten reaktionären Wahlrechts gewählten Provinzialparlamente noch nicht aufgelöst hat und wann sie dies zu tun gedenkt, wird vom Abg. Eißler (U. Soz.) beantwortet.

Ein Regierungsvertreter erwidert, daß dem Hause in den nächsten Tagen ein Gesetzentwurf über Auflösung der Provinzialparlamente und Ausschreibung von Neuwahlen zugeht.

Prozeß Ledebour.

Beweisaufnahme geschlossen / Die Schuldfragen.

Nachdem die Dienstagssitzung eröffnet war, wurde festgestellt, daß die 7. Strafkammer des Landgerichts I sowie der Vorsitzende der Ploneie dem Reugen

a. Todtsa freies Geleit

genötigt haben. — Verteidiger Rosenfeld hat v. Todtsa eine Stunde vor der Sitzung und kurz vor ihrem Beginn noch einmal bei der von ihm angegebenen Stelle telephonisch anrufen. Aber v. Todtsa ist nicht vor Gericht erschienen.

im Gefängnis auf Rodel geflohen

Rechtsanwalt Rosenfeld befragt die Vernehmung eines aufgefundenen Reugen Rich Schneider, der als Soldat bei der Verhaftung von Ledebour und Dr. Meyer anwesend war und behauptet, daß er während der Fahrt von Siegel nach Berlin aus dem Gefährt der beiden Vertrauensleute Fischer, wacheinlich Richter und v. Todtsa, entkommen, daß diese beiden die Absicht hatten, Ledebour und Meyer aus der Kaserne nach Berlin in die Erde zu werfen.

Staatsanwalt Rumbroich erhebt im Hinblick auf die Verweigerung, weil die Befragung des Reugen weder mit der Schuldfrage des Angeklagten noch mit der Glaubwürdigkeit des Reugen Fischer etwas zu tun habe.

Auch der Angeklagte Ledebour fordert die Vernehmung Schneiders. Da Fischer nicht mehr befragt werden könne, weil ihm der Staatsanwalt die Vernehmung auf das Amtsgeheimnis suggeriert habe (lebhafter Widerspruch der Staatsanwaltschaft), so müsse durch andere Reugen der Beweis geführt werden, daß Fischer die Absicht hatte, ihn, den Angeklagten, ermorden zu lassen.

Weisemath

beabsichtigt, der von allen anstehenden Personen auf das schärfste beurteilt werde, von welcher Seite er auch ausgeführt werde.

Das Gericht lehnte die Vernehmung des Reugen Schneider ab, weil sie weder für die Glaubwürdigkeit Fischers noch sonst in diesem Prozeß erheblich sei.

Rechtsanwalt Rosenfeld beantragt nun, ihn selbst als Reugen dafür zu vernehmen, daß ihm v. Todtsa folgendes mitgeteilt habe: Anton Fischer hat v. Todtsa den Auftrag erteilt, Ledebour und Dr. Meyer zu ermorden. v. Todtsa und Richter haben Ledebour und Dr. Meyer verhaftet und sind mit ihnen nach der Kommandantur gefahren. Dann haben sie vor Miders Wohnung, Adlerstraße 1, und riefen ihn durch einen Brief herüber. Sie unterstellten sich mit Fischer über die Verhaftung. Fischer sagte zu ihnen: 'Erdrückt sie doch und klemmt sie in die Erde, was wollt ihr euch noch weiter mit ihnen herumblödeln?' Darauf haben v. Todtsa und Richter wieder nach der Kommandantur. Richter beabsichtigte, auf dem Wege von dort nach dem Hauptquartier, Ledebour und Meyer um Leben zu bringen. Der Plan wurde nicht ausgeführt, weil sich v. Todtsa weigerte, mitzumachen. Für seine Tätigkeit in der damaligen Zeit hat v. Todtsa von Richter für drei Wochen 24 000 M. bekommen. v. Todtsa hatte auch von Richter den Auftrag bekommen, Karl Viehbeck umzubringen. Er habe zu diesem Zweck vier Reichswehrleute vor Viehbecks Wohnung aufgestellt. Der Mordplan ist aber davon abgelehnt, daß Viehbeck nicht kam.

Rechtsanwalt v. Siebnecht: Ich hätte schon einmal gewünscht, daß eine Zentralstelle für die Ermordung politischer Persönlichkeiten besteht. Wir sind jetzt auf dem Wege, diese Zentralstelle festzustellen. Das wird durch die Ablehnung unserer Beweisanträge verhindert.

Angeklagter Ledebour: Demselben funktionierte die Mörderzentrale noch nicht trefflicher, aber bei Riedel und Frau Luxemburg hat sie funktioniert. Auch die Erschießung Dorenbachs kann wohl auf die Mörderzentrale zurückgeführt werden.

Staatsanwalt Ohse wendet sich gegen die Vernehmung des Rechtsanwalts Rosenfeld, weil die Angaben, die ihm v. Todtsa gemacht habe, nicht beweiskräftig seien. v. Todtsa, dieser Reuge der Ver-

Abg. Prütz gibt einen Überblick über die bisherigen Wirtschaftsverhältnisse, an deren Neuaufbau wir trotz der ungünstigen feindlichen Bedingungen beruhten müßten.

Abg. Klosser (Z.) wendet sich gegen die Versuche zur kommunalisierung des Lebensmittelhandels. Die im Handel zu leistende Arbeit kann nur von Kaufleuten geleistet werden. Durenkraften sind dazu untauglich.

Abg. Wenzel (U. Soz.): Die öffentliche Bewirtschaftung der Eier muß sofort wieder eingeführt werden. Die Eierpreise sind unerhöht. Unsere eigenen Volksgenossen behaupten uns schlimmer als die Engländer durch ihre Hungerpolitik. Die Preisgabe des Lebensmittelhandels würde für die Wintermonate den Hungerstich bedeuten.

Abg. Schrader (Soz.): Für Perlel, Rauscher, ufm. beabsichtigen angeblich denartige Wucherpreise, daß es weder von Seiten Landwirten noch den Arbeitern möglich ist, Schweinefleisch zu betreiben. Gerade diese Kreise können zur Verbesserung unserer unzureichenden Fett- und Fleischversorgung erheblich beitragen. In den großen Restoranten erhält man Schweinefleisch und Fett zu Wucherpreisen in jeder beliebigen Menge, während der Arbeiter daran muß. Die Regierung sollte die Schweinepreise auf ein erträgliches Maß herabsetzen.

Reichslandwirtschaftsminister Schmitt: Der Preussische Landbund hat mir ein Ultimatum gestellt. Darin wird die Aufforderung der ganzen Bauernschaft bis zum 1. August verlangt. Jedermann weiß, was das zu bedeuten hat: eine Steigerung der Preise um das Drei- bis Vierfache. Die Herren vom Landbund scheuen aber den Raum ihres Gutshofes nicht hinweg. (Lebhafter Beifall links.) Sämtliche Hausbauernvereine, besonders bäuerliche Kreise, von den Arbeitern ganz zu schweigen, haben die Verbeibaltung der Bauernwirtschaft gewünscht. Die agrarischen Herren möchten die Preise des Reichslandes verdrängen. Wenn der Landbund seine Absicht des landwirtschaftlichen Streiks ausführt, wird die Regierung mit allem Nachdruck herzutreten. Wir können unter keinen Umständen dulden, daß nach der Aufhebung der Hungerblockade Engländer eine Hungerblockade Deutschlands durch die eigene Landwirtschaft einleiten soll. Der verdrängte Landwirt wird im Interesse der Gesamtheit arbeiten. (Lebhafter Beifall.)

Nächste Sitzung Mittwoch, 19 Uhr: Weiterberatung.

leidigung, habe doch wegen verschiedener Umständen, u. a. wegen mehrwöchiger Festhaltung im Gefängnis und hiesiger Verurteilung im Dezember, vor Gericht gestanden und sei wegen Angelegenheitsfähigkeit freigesprochen.

Rechtsanwalt Rosenfeld: Wir haben und haben Reugen nicht ausgesucht. Er ist nicht unsere Aussage. Er ist als Vertrauensmann der Regierung tätig gewesen.

Staatsanwalt Rumbroich: Die Kulturwelt hat sich v. Todtsa selbst angeschlossen, er war nicht Vertrauensmann der Regierung.

Rechtsanwalt Viehnecht will unter allgemeinem Ruffschrei mit, er habe jedoch die Mitteilung erhalten, daß v. Todtsa heute um 1/2 12 Uhr vor dem Gerichtshof erschienen sei, um seiner Pflichten zu genügen. Da sei ein Unteroffizier Schärer und drei Mann von der Garde-Kavallerie-Schützen-Division auf ihn gekommen, um ihn festzunehmen. Er habe sich der Festnahme durch die Flucht entzogen und könne deshalb nicht erscheinen. Seine beiden Beauftragten seien festgenommen.

Rechtsanwalt Rosenfeld: Das ist das freie Geleit! Angeklagter Ledebour: Die 'Wochenzeitschrift' herrscht im Deutschen Reich. (Der Vorsitzende ruft diese Störung.)

Staatsanwalt Rumbroich benennt einen Reugen, der angegeben wird, v. Todtsa habe zu ihm gesagt, er wolle nicht vor Gericht erscheinen, sondern heute oder morgen nach München reisen.

Das Gericht stellt den Verdacht über den Antrag, Rechtsanwalt Rosenfeld als Reugen zu vernehmen, einzuweisen. Es soll nochmals versucht werden, den Reugen

v. Todtsa zur Stelle zu schaffen.

Au diesem Anruf wird der Verteidiger empfohlen, daß sich einer der Beisitzer mit der schriftlichen Ausfertigung der Aufklärung des freien Geleits zu v. Todtsa begeben, um hierher zu bringen und ihn so vor einer etwaigen Festnahme zu bewahren, die wirtschaftlich noch in Unkenntnis des freien Geleits verurteilt werden könnte.

Angeklagter Ledebour beantragt, dem Verteidiger auch zwei Gerichtsdienner mitzugeben, da anzunehmen sei, daß die Soldaten auf ein Schriftstück, das immer ein Vermerk in Hinsichtliche Kleidung vorzulegt, nicht geben, aber vor den Aufseher der Kammer zu stellen sie vielleicht mehr Respekt haben.

Rechtsanwalt Viehnecht übernimmt es, für die Abholung des Reugen v. Todtsa zu sorgen. Die Verhandlung wird bis zu dessen Eintreffen vertagt.

Nach einhelliger Unterbrechung wurde die Sitzung wieder eröffnet. Rechtsanwalt Viehnecht tritt mit, daß sich v. Todtsa um 2 Uhr in einem Schwarzkol in der Nähe des Gerichts aufhalten, seine Abholung erwartet, sich dann entfernt habe und sein augenblicklicher

Außenstand nicht bekannt

sei. Das Gericht beabsichtigt, die Vernehmung des Rechtsanwalts Rosenfeld abzulehnen, da als wahr unterstellt wird, daß v. Todtsa ihm die angegebenen Mitteilungen gemacht habe.

Die Beweisaufnahme wird geschlossen. Die an die Beschworenen gerichteten

sechs Schuldfragen

lauten auf: 1. Unbefugte Bildung eines bewaffneten Laufs, 2. Mordversuch bei Zutritt, 3. Mordversuch bei Landfriedensbruch, 4. Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz, 4a. Verurteilung einer schweren Mordverletzung durch Sprengstoff, 5. gemeinschaftliches Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz und 6. die Frage nach Zustimmung miteinander Umstände.

In der nächsten Sitzung, Mittwoch 9 Uhr, beginnen die Verhandlungen.

Kritik wird die Nachricht von einem Urteil auf Rodel als frei erfinden bezeichnet. Damit kann aber nur die Absicht bestritten sein, denn nach Anwalt von Siegenius- und rühmlichen Beamten Louis Rodel hat tatsächlich ein Schiller von dem im eingeschlagen. Die Voruntersuchung gegen Rodel soll demnächst abgeschlossen werden. Es wird ihm außer der Teilnahme am Auffstand auch die Führung des Postes zur Last gelegt, mit dem er im Dezember nach Deutschland gelangte.

Jugendveranstaltungen.

Wedding. Heute pünktlich 7 Uhr im Saal von Groß, Seminarsaal, 10: Vespergung der Sommerkinder und Gesangsabend der Treffpunkt.

Vertragsunterzeichnet hat mittlere Vorherrschaft mit Tausendern mittig: Nam, zunächst trocken und Ehe als better bei Mädchen bis lächerlichen Eiden. In der besonders im Norden zunehmende Bevölkerung und frühweiser Gattler.

# Groß-Berlin

Heute fällt die juristische Sprechstunde aus.

## Protest des Vollzugsrats gegen Militäreingriff.

In der Sitzung am 17. Juni beschäftigte sich der Vollzugsrat mit der am Sonnabend vorgenommenen Besetzung seiner In den Zellen 28 gelegenen Büroräume durch ein militärisches Aufgebot der Garde-Kavallerie-Schützen-Division. In zwei großen Kraftwagen mit Maschinengewehren kamen circa 50 Soldaten, mit Handgranaten ausgerüstet und ließen niemand aus dem Haus passieren. Die Besetzung, die angeblich im Auftrage des Polizeipräsidenten von Berlin erfolgt sein sollte, war, wie sich später herausstellte, von der Garde-Kavallerie-Schützen-Division veranlaßt worden. Durch das spätere persönliche Erscheinen des Polizeipräsidenten Ernst wurde festgestellt, daß von ihm ein solcher Auftrag nicht erteilt worden ist. Auch dem Reichswehrministerium war hiervon nichts bekannt. Der Vollzugsrat protestiert einmütig gegen ein solches Vorgehen der Militärgewalt.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde an einer großen Anzahl von Einzelheiten festgestellt, daß der Vollzugsrat und seine Räumlichkeiten täglich unter starker Spitzelkontrolle steht. Unter allerlei Vorwänden verschaffen sich künftliche Elemente Zutritt zum Vollzugsrat, um dort für ihre Geldgeber Material zu sammeln.

In der Diskussion über diesen Punkt wurde mitgeteilt, daß besonders die Spitzelzentrale der Garde-Kavallerie-Schützen-Division im Edenhotel unter Leitung des Oberleutnants Knauth und des Polizeiwachmanns Fritz am meisten bei dieser Spitzelung ihre Hand im Spiele haben. Es wurde beschlossen, eine scharfe Kontrolle über die das Gebäude des Vollzugsrates betretenden Personen auszuüben.

Zu dem im „Vorwärts“ im Anschluß an den Bericht über die Besetzung des Lützowbundes veröffentlichten Artikel „Parteihebe selbst am Sarge“ wird der dort geschilderte Vorfall einstimmig verurteilt. Die im letzten Satz des Artikels betonte Schlussfolgerung ist damit erledigt.

Der Vollzugsrat beschäftigt sich außerdem mit der Uebernahme der Großen Berliner Straßenbahn durch die Stadt Berlin und beschließt, dem Gewerkschaftsbund mitzuteilen, daß der Vollzugsrat es für notwendig hält, zu den Uebernahmeverhandlungen zuzuziehen zu werden.

In einer vorhergegangenen Sitzung wurde der Bericht über die Verhandlung mit dem Landespolizeiamt zur Bekämpfung des Schleichhandels und der Lebensmittelkontrolle entgegengenommen. Da die dem Vollzugsrat zugewiesenen Aufgaben lediglich Mittel- diensten gleichzusetzen seien, lehnt es der Vollzugsrat ab, sich weiter an den Verhandlungen zu beteiligen.

Die kommunalen Arbeiterräte waren durch eine uns für die Dienstagnummer zugegangene Bekanntmachung des Vollzugsrates auf Dienstag nachmittag ins Herrenhaus einberufen. Die Sitzung wurde aber abgefangt. Uns war dies nicht mitgeteilt worden, wir konnten es daher auch nicht wissen.

**S. S. D.-Arbeiterräte (Gruppe Metallindustrie).** Morgen, Donnerstag, 4 Uhr, Herrenhaus, Reissal (eine Treppe). 1. Berufsfragen. 2. Verschiedenes. Material ist mitzubringen. Der Aktionsauschuss, J. A.: Karl Schmidt.

## Räte-Vollversammlung.

Mittwoch, 10 Uhr, findet in den Germania-Sälen, Chausseestraße 10, eine Vollversammlung der Großen Berliner Arbeiterräte, der kommunalen Arbeiterräte sowie der Delegierten der Soldaterräte statt.

### Tagesordnung:

Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf über die Betriebsräte, Richard Müller, Fritz Brulat.

S. S. D.-Räte, erscheint vollzählig!

## An die Schüler der Fach- und Fortbildungsschulen.

Seit der Revolution erwarten wir von der Regierung eine durchgreifende Reform des Fach- und Fortbildungswesens im Sinne der schon seit Jahren erhobenen Forderung der Arbeiterjugendbewegung. Leider ist bis heute auf diesem Gebiete nichts geschehen, sodaß wir erneut unsere Stimme erheben müssen.

Wir fordern die Einführung des **Arbeitsunterrichts** in den Fach- und Fortbildungsschulen, die Einrichtung von Lehrwerkstätten und Fachbibliotheken sowie die Umstellung der Lehrmittel. Der Unterricht muß in erster Linie auf die praktische und erst in zweiter Linie auf die theoretische Ausbildung der Schüler für ihren Beruf zugeschnitten sein. Zu diesem Zweck ist es notwendig, daß als Lehrer an den Fach- und Fortbildungsschulen praktisch geübte Fachleute angestellt werden, die im Berufs- und Wirtschaftswesen stehen und daher in der Lage sind, ein lockermäße Lehrstoff auszuüben. Das rein theoretische Wissen, das heute von Nichtfachleuten in den Fortbildungsschulen gelehrt wird, kann die Schüler nicht befriedigen. Notwendig ist auch ein Ausbau der sonstigen Unterrichtsstoffe; insbesondere sind Turnen und Schwimmen, sowie eine lockermäße staatsbürgerliche Unterweisung als besondere Unterrichtsgegenstände in den Lehrplan aufzunehmen.

Ferner wird gefordert die Abschaffung der **Arbeits- und Prügelstrafe**, die in unsere Zeit längst nicht mehr hineingehört. Ebenso muß darauf hingewirkt werden, daß der Unterricht, der heute noch sehr oft in den Abendstunden erteilt wird, in die Vormittagsstunden verlegt wird, da in dieser Zeit der Geist am aufnahmefähigsten ist. Die für den Schulbesuch erforderliche Zeit muß der Meister ohne irgendwelchen Lohnzusatz dem Jugendlichen freizubehalten.

Um diesen Forderungen den nötigen Nachdruck zu geben und die bestehenden Mißstände schon jetzt soweit als möglich abzustellen, ist es notwendig, daß die Jugendlichen, die die Fach- und Fortbildungsschulen besuchen, sich **zueinander, Schülervereine, Lungen einberufen** und in den einzelnen Klassen **Schülerräte** wählen.

Der Verein „**Arbeiterjugend Groß-Berlin**“ wird dann gemeinschaftlich mit den Schülerräten versuchen, unsere Forderungen durchzusetzen. Die Adressen der gewählten Schülerräte sind so schnell als möglich dem **Jugend-Sekretariat**, Berlin W 9, Bellevuestr. 7, mitzuteilen.

Verein „Arbeiterjugend Groß-Berlin“.

**Gebührensatzung.** Die Landesversicherungsanstalt macht bekannt, daß neue Gebührensätze zurzeit wegen Mangel an geeignetem Personal zurückgewiesen werden müssen und ersucht die Versicherten, einzuwilligen neue Anträge nicht einzureichen. Wir bedauern diese Stellungnahme und können den angegebenen Grund nicht für berechtigt erachten. Wenn es möglich war, bei den zahlreichen Einberufungen während des Krieges die Gebührensatzungen fortzusetzen, so muß jetzt bei einem guten Willen der Personalmangel behoben werden können. Wir hoffen, daß der Vorstand der L.-V.-A. hier eingreift.

Der **Arbeiter-Wassersport-Verein** (der Zentralkommission für Sport und Körperpflege angehörende Zentralorganisation der Arbeiter-Schwimmer, Ruder- und Seglervereine) stellt Pfingsten seinen Verbandstag in Wänden ab. Die Verantworlichen über die künftige Stellung des Verbandes zu den bürgerlichen Verbänden führt zur Annahme nachstehender Resolution:

Der Verbandstag lehnt ein Zusammenarbeiten mit den bürgerlichen Schwimmverbänden unter allen Umständen ab. Er erwartet von allen aufgestellten Arbeitern, die sich zurzeit noch in deren Vereinen befinden, daß sie denselben sofort den Rücken kehren und sich in den Reihen der Vereine des A.-B.-V. betätigen. Er erwartet ferner von ihnen, daß sie alle die Vereine, in denen sie in der Mehrzahl sind, zum Anschluß an den A.-B.-V. bewegen. Von solchen Vereinen erwartet der Verbandstag, daß sie auf keinen Fall mit

bürgerlichen Vereinen in eine organische Verbindung treten und aus bereits existierenden Gewerkschaften, Ortsvereinen usw. wieder ausscheiden und die Interessen des Arbeiter-Wassersports selbständig vertreten.

Die Geschäftsstelle des Verbandes befindet sich Berlin-Neutölln, Hermannstr. 176.

Die **Bereinigung Großstädtischer Zeitungsverleger G. V.** erläßt folgende Erklärung: „Die weitere Verteuerung der Herstellungskosten, insbesondere die erneute Steigerung der Druckpapierpreise, Löhne, Gehälter sowie sonstiger Geschäftskosten zwingt die Zeitungen, die Bezugspreise ab 1. Juli d. J. zu erhöhen; die Erhöhung der Bezugspreise, die eine Anzahl auswärtiger Zeitungen gleichfalls ausführen, kann nur zu einem Teil die erforderlichen Mehraufwendungen decken.“

**Aufhebung der Residenzpflicht in Charlottenburg.** Der Charlottenburger Magistrat hat beschlossen, den hiesigen Beamten das Auswärtswohnen ohne Nachweis der Notwendigkeit zu gestatten. Nur sollen sie in dienstlichem Interesse vor Abschluß des Mietvertrages dem Magistrat Anzeige erstatten, der für den Fall entgegenstehender dienstlicher Bedürfnisse die Erlaubnis zu verweigern sich vorbehält.

**Handgranateneinsatz im Kriminalgericht.** Obgleich erst lechthin ein Soldat im Kriminalgericht einer Handgranate zum Opfer fiel, laufen die Soldaten dort andauernd mit Handgranaten herum, wofür es gar keinen vernünftigen Grund geben kann. Oft genug kann man sie auch mit den so gefährlichen Sprengkörpern spielen, die Schurke heranziehen sehen usw., und am Dienstag fand ein Journalist in der Toilette einfach eine scharfe Handgranate. Wird diesem Unfug nicht kleinstmöglich ein Ende gemacht werden? Ruß erst mal ein größeres Unglück geschehen?

**Inhaltlicher Bahnhof-Mißstand.** Bei dem regelmäßigen Wochentagsverkehr sind die Plätze oft so überfüllt, daß Fahrgäste auf Plattform und Trittbretter gezwungen werden. Sonnabends ist der Verkehr etwas härter als gewöhnlich, aber der Stationsvorsteher bestimmt einfach, der Zug im Besonderen und sofort wird der Eingang gesperrt. Da die Vergnügungsfreisenden oder Damierer bereits behaglich Platz genommen haben, so haben die Arbeiter, welche nicht so früh am Eingang stehen können, das Nachsehen und können mit bunten Köpfen den 2-4 Stunden später fahrenden Zug abwarten, evtl. nachts überhaupt nicht nach Hause kommen.

Der Zug am Sonnabendmittag 12.55 Uhr war verhältnismäßig schwach besetzt, so daß in den meisten Abteilen nicht einmal ein Korbstuhl stehen brauchte, der Herr gab einfach den Befehl „Gespreizt“. Die am Eingang zurückgebliebenen Gäste (20-30 Personen) hätten noch in einem Wagen untergebracht werden können. Wenn die Fahrgäste venitent werden, stellt sich dieser Menschenfleck einfach hin und erklärt, das liegt in den neuen Verhältnissen und wird auch nicht anders werden, ehe mal der Kaiser wieder am Ruder ist!

## Raubmord in Döberitz.

Von einem Unbekannten ermordet und beraubt wurde am Freitag vorer Woche in Döberitz der Soldat Johann Stoll aus Neuruppin. Auf die Ergreifung des Täters ist eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt. Der Verdächtige ist etwa 20-24 Jahre alt, 1,65 Meter groß, hellblond und bartlos, hat ein frisches Gesicht, blaue Augen und spricht ländliche Mundart. Eine Eigentümlichkeit ist, daß er beim Sprechen das rechte Auge zuckert. Der Mörder trug zuletzt eine feldgraue Offiziersuniform, Rock mit hohem Kragen.

Die 50-Mark-Noten vom 20. Oktober 1918 flohe man ab, sie kommen außer Verkehr!

Trat gegen Kaution. Der Gewerkschaftsbund der Köchinnen Groß-Berlin will mit, daß er den unter dieser Ueberschrift berichteten Unfug schärfstens bekämpft.

„Die Hunderte“, das klassische Dauerrennen in drei Runden über je 50 Kilometer, hat dem Sportplatz Treptow den gewohnten Wallerzudruck seiner „Wetrenner“ gebracht. Nachdem im ersten Lauf Salchow in Ermangelung eines Erfolgers und im zweiten Lauf der in ausfallschlechte Position geratene Kuchlow aufgegeben hatten, stellten sich im Endabschlusslauf Bauer, Kuchlow, Krupel und Thomas dem Starter. Das ganze Rennen hindurch kam es zwischen diesen vier Fahrern der Extraklasse zu heftigen und abwechslungsreichen Kämpfen, aus denen dann Thomas mit kleinem Vorsprung vor Kuchlow als Sieger hervorging. Auch die Ritzgerrennen waren gut besucht und boten ein buntes, lebhaftes Bild.

Ergebnisse: **Waldbahn, 1500 Meter:** 1. Wegener 2 Min. 26 Sec., 2. Krupel, 3. Kuchlow, 4. Stoll. — **Die Hunderte, 1. Vorlauf über 50 Kilometer:** 1. Thomas 48 Min. 45 Sec., 2. Krupel 47 Min. 20 Sec.; **Sailow** aufgegeben, 2. Vorlauf, 50 Kilometer: 1. Bauer 48 Min. 34 Sec., 2. Kuchlow 49 Min. 20 Sec.; **Kuchlow** aufgegeben. **Entscheidungslauf, 50 Kilometer:** 1. Thomas 48 Min. 29 Sec., 2. Kuchlow 50. 3. Bauer 49 Min. 4. Krupel (Stollhaden) 50 Min. 20 Sec. — **Prämienfahren, 3000 Meter:** 1. Samal 1 4 Min. 6 Sec., 2. Wegener, 3. Diebel, 4. Müller. — **Erinnerungsfahren, 1000 Meter:** 1. Diebel 1 Min. 34 Sec., 2. Petri, 3. Müller, 4. Diebel.

**Stadion.** Am Sonntagvormittag fanden im Stadion die Vordienst-Erinnerungsspiele statt, veranstaltet vom Reichsausschuß für Leibesübungen. Die Vorbereitungen zeigten vielfach gutes Können. Ermüdet seien das Vorkampfbild 2000 Meter, das von Schroeder, S. M. G. Halle, in glänzender Form gewonnen wurde. Am 2000 Meter-Rauschlauf fanden errang der Charlottenburger Sport-Club einen leichten Sieg. Der Veranstaltung wäre ein besserer Besuch zu wünschen gewesen.

**Kriegsbund der Kriegsbekämpften.** Bezirk Zentrum. Morgen, Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr, Versammlung Elisabethstr. 30.

**Streik im Charlottenburger Opernhaus.** Das Gesamtpersonal will den Verwaltungsdirektor Neumann-Doser wegen unsozialen Vorgehens beurlaubt sehen. Es sei bei vor wenigen Tagen abgelehnt worden, den Kriegsteilnehmern, die jahrelang keine Einkünfte gehabt haben, Entschädigung zu zahlen. Direktor Hartmann habe wiederholt die Verdrängung dieser Ansprüche zugegeben, aber immer wieder habe der Verwaltungsdirektor ihre Erfüllung durchkreuzt. So habe sich allmählich, verstärkt durch sein herrisches Auftreten im Hause eine Rißstimmung gegen ihn gebildet, die ein weiteres Zusammenarbeiten mit ihm unmöglich mache. Der Aufsichtsrat erklärte sich ausdrücklich bereit, die wirtschaftlichen Forderungen fast rüffelös zu erfüllen, wenn man sich nicht verpflichten wolle, den Verwaltungsdirektor unbehelligt zu lassen. Am ersten Pfingstfeiertage teilte der Verwaltungsdirektor die Niederlegung seines Amtes bis nach Durchführung einer Untersuchung mit, zwei Tage später aber trat er es wieder an.

**Teltow, Stadtvertretung.** In einer namentlichen Erklärung hatten die Magistratsmitglieder ihre weitere Mitarbeit von dem Verbleiben des Bürgermeisters Kolleke und des Beigeordneten Müller abhängig gemacht, gegen welche ein Disziplinarverfahren schwebt. Infolge des Rücktritts der beiden Herren vor von der sog. Wehrbeihilfsfraktion das Ansuchen an sämtliche Magistratsmitglieder erlangen, zurückzutreten. In einem Schreiben erklärten die Betreffenden, in den ihnen vom Wehr beideramtene Stellen verbleiben zu wollen. Versammlung nimmt davon Kenntnis. In der Lehrerbefehlungsfrage wird auf unseren Antrag die Magistratsvorlage abgelehnt, da sie den Wünschen der Lehrerschaft nicht im entferntesten gerecht wird. Ueber eine neue Vorlage wird die Versammlung nur beschließen, wenn die derzeitigen Magistratsmitglieder erklären, zu dem Zeitpunkt der Amtseinführung des Bürgermeisters Kolleke (1. Juli) zurückzutreten.

**Potsdam.** Die Stadtverordnetenversammlung hatte sich mit einer noch aufklärungsbedürftigen Geschichte zu beschäftigen. Krüger (Soz.) fragte den Magistrat, ob ihm bekannt sei, daß ein Stadtoberordner, der als Mitglied der Lebensmittelkommission für die Stadt Potsdam auftritt, diese Gelegenheit benutzte habe, für seinen eigenen Betrieb Lebensmittel zu kaufen und sie zu verschleudern, und daß er hierbei die Ware unter der Falschadresse „An

den Magistrat Potsdam“ auf den Bahnhofs transportiert habe. Es handelt sich um den Stadtoberordner Dahleburg. Das Objekt (Wein, Kaffee, Kakao und wohl auch Spirituosen) beziffert sich auf etwa 6-8 Millionen. Eine richtige Klärung der Angelegenheit ist noch nicht herbeigeführt worden, sie beschäftigt gegenwärtig den Staatsanwalt. Stadtoberordner Dahleburg blieb der Sitzung fern, weil er angeblich in Berlin zu tun hatte. Die Untersuchung wird hoffentlich volle Aufklärung ergeben. Der Oberbürgermeister stellt für die Beschuldigten eine Verteidigungsrede, in die die rechte Seite einstimmt, während die sozialdemokratischen Stadtoberordneten das Gebahren scharf verurteilen, sich aber wegen der noch schwebenden Untersuchung weitestgehende Zurückhaltung auferlegen. — Eine weitere Dringlichkeitsanfrage Wesenbergs (Soz.) betraf einen Schweinefleischverkauf, bei dem der Andrang so stark war, daß Ohnmachtsanfälle vorkamen. Es soll Milderung eintreten. Dr. Schneider berichtet über die schulärztliche Tätigkeit. Seinen Vorschlägen, einen Stadtmehlaber und Schulärztlichen anzustellen, wurde zugestimmt. Der Verkauf eines 2000 Quadratmeter großen Wassergrundstücks in der Neuen Luisenstraße wurde gegen die Stimmen der Rechten abgelehnt, nachdem von sozialdemokratischer Seite die Notwendigkeit der Erhaltung hiesigen Grundes und Bodens betont worden war. — Die Renten der hiesigen Arbeiter sollen entsprechend den letzten Lohnläufen erhöht werden. Einigen die Löhne, sollen auch die Renten wieder entsprechend reduziert werden. — Für den Landauenthal Potsdamer Kinder wurden 80 000 M. bewilligt.

**Alt-Glienitz.** Eine Versammlung der Gemeindegemeinschaften und -diakone gründete einen Verein, der als korporatives Mitglied des Kommunal-Beamtenverbandes Groß-Berlin bekannt ist. Anerkannt wurde die Bildung eines Beamten- und Angehörigen-Ausschusses sowie eines Beamtenrates. Beschlossen wurde einstimmig, geeignete Schritte zu fordern, damit Alt-Glienitz in das geplante Groß-Berlin unmittelbar einbezogen werde. Die Gemeinde Alt-Glienitz besitzt zweifelsfrei ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt mit in Berlin und liegt auch in dem Rahmen des Umfangs des künftigen Groß-Berlin.

**Klein-Schönebeck-Nichtenan.** Versammlungsbericht — Entgegung der Gemeindegemeinschaften — jetzt wieder Erweiterung Steinborns, der uns schreibt, daß er seine Strafen, worunter keine wegen Kriegswunders, größtenteils ungerecht erlitten habe, ein treues Mitglied unserer Partei sei, durch ihr Vertrauen Arbeiter gemordet sei, als solcher von denen angefeindet werde, deren Mißwirtschaft der Arbeiterrat an den Pranger gestellt habe und eine Untersuchung der Kreisorganisation Niederbarnim gegen sich beantrage. Nun aber Schluss damit!

## Groß-Berliner Lebensmittel.

**Berlin.** 150 Gramm ausländisches Suppenmehl oder Iose Suden (32), 200 Gramm Graupen (33), 100 Gramm inländisches Nudelmehl (42), für Frauenbrot 200 Gramm Hafersoden (25-26), Abkürzung bis 21. Juni abgelaufen, ebenso Weizen (35 (Rundbrot)). Bis Donnerstag im 129, 133, 175, 243 und 246, und bis Montag im 5. und 6. Brotkommissionsbezirk 125 Gramm Röh.

**Marienthal.** 250 Gramm Amerikamehl oder Inlandsmehl (V 7) bis 20. Juni, 50 Gramm Margarine (O 5) bis 22. Juni. Neue Mithenoch 9-12 und 1-2 Uhr an Vierdecker auf Bahnhof Marienthaler Röh. Preis je Tonne 21 M.

**Pankow.** Als Ersatz für Kartoffeln (12 Mal bis 8. Juni) 800 Gramm Kartoffelmehl (20, 21, 22, 23). **Prenzlauer Berg.** Vier am 18. und 19. Juni 8-1 bei Markt, Moethestr. 41. Auf Verlängerungsbahn des Krankenhauses 2 Eier (70 Bl.) Geflügeljutter in jeder Menge. Wasserhahn Rathaus, Nummer 6, 8-1.

**Spandau.** Bezugsliste an Geschäftsstelle für Treuhandämter Zimmer 408 des Rathauses. Für Kaufpreise Bezugnahme über Mehl, Zucker, Margarine, Nahrungsmittel bis Mittwoch im Zimmer 408 des Rathauses, 500 M. Graupen (200) bis Montag, 70 Gramm Butter (11), 50 Gramm Auslandschmalz (30), 1/2 Bld. Sadoth (259) nur noch heute.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

**Berlin, 9.-14. Abteilung.** Morgen, Donnerstag 7 Uhr: Versammlung bei Graumann, Rammstr. 27.

**Neutölln.** Heute Mittwoch 8 Uhr abends: II. Abteilung (Bezirk 11 bis 19), Versammlung Reagenzhaus, Röhler-Friedrich Str. 7. — VII. Abteilung (Bezirk 33-39) abends 7 1/2 Uhr: Realschule, Söblichstr.

**Wilmersdorf-Schwarmbühl.** Donnerstag von 4-6 Uhr Spielnachmittag für Schulinder auf dem Spielplatz der Freien Turnerschaft, Söblichbergstr. Ede Jähringerstr. Beherbrut mitbringen, Kaffee frei, Gäste willkommen.

**Tempelhof.** Die für den 18. Juni geplanten Besammlungen haben nicht statt. Ihre spätere Anderrung wird noch bekanntgegeben. **Prenzlauer Berg.** Mitgliederversammlung Freitag 7 1/2 Uhr, Gäßlein-Engelmann, Rathausstr. 8. Berichterstattung vom Parteilag. Ref.: Gen. Ernst Weßel, Röhlerstr.

**Oberschlesische.** Juni-Abendende hiesiger Bezirke (mit Ausnahme des zweiten) heute Mittwoch, 1. Bezirk (Orsten) mittig der Druckerei bei Orlitz, 2. Bezirk, Ede Schönbühlstr.; 3. Bezirk (Orsten) im hiesigen Schillerpark und Karolinenpark bei Orlitz, 4. Bezirk (Orsten), Ede Schönbühlstr. und 4. Bezirk (Orsten) mittig der Karolinenpark bei Graumann, Rathausstr., Ede Replerstr.

**Alt-Glienitz.** Heute Mittwoch 7 1/2 Uhr: Vereinsversammlung bei Dohrerstr. Tagesordnung: Berichterstattung vom Parteilag. Referent: Genossin S. Ulm-Schöneberg.

**Oranien.** Morgen, Donnerstag 8 Uhr: Versammlung bei Wabel, Friedländerstr. 3. Genossin Dohler spricht über: „Die politische Lage“.

**Spandau.** Heute Mittwoch, 7 1/2 Uhr abends, Abteilungsversammlung: 1. Abteilung Schule Heinrichsplatz; 2. Abteilung Vorwerk, Seeburgerstr. 25; 3. Abteilung Oberrealschule, Friedländerstr.; 4. Abteilung Parteil, Hasehofstr.

## Berichtszeitung.

Ein **Todesurteil** wurde dem Vizepräsidenten des Kriegesgerichts über den 22-jährigen Arbeiter Stefan Andaghi aus Guben gefällt. Er hatte am 18. März den Schichtmeister Ferdinand Böhm aus dem Hinterhalt erschossen. Er hatte dem Kriminalassistenten Kanatsch gestanden, daß er die Frau Böhm „aus Mitleid und Liebe“ von ihrem Manne betreten wollte. Da sich herausstellte, daß Frau D. selbst von einem Soldaten der republikanischen Soldatenwehr die Pistole für 25 M. gekauft hatte, wurde sie unter dem Verdacht der Anstiftung zum Tode ebenfalls verurteilt. Da jedoch die vorhandenen Beweismittel nicht ausreichten, mußte das Verfahren gegen sie eingestellt werden. — Vor Gericht erklärte der Angeklagte, der bei Beginn der Verhandlung noch recht vergnügt war, daß er über die Ausführung der Tat selbst jede Angabe verweigere. In einer früheren Vernehmung hatte er erklärt, daß er sich lieber opfern wolle, als den wahren Schuldigen zu nennen. Wenn das vom Verteidiger Dr. Frey eingereichte Gutachten keinen Erfolg hat, muß das Todesurteil laut Gesetz innerhalb 24 Stunden nach der Urteilsfällung durch Erschießen vollstreckt werden.

## Aus aller Welt.

### Oberschlesisches Schieberwesen.

**Wiesbaden, 13. Juni.** Eine Illustration zum Umfange des ober-schlesischen Schieberwesens bildet folgendes aus dem Tätigkeitsbericht des hiesigen Arbeiterrates. — Von ihm hys. der Kontrollkommission wurden beschlagnahmt: 2010 Pfund Weizenmehl, 1652 Pfund Roggenmehl, 8215 Pfund Getreide, 1068 Pfund Butter, 4090 Pfund Rindfleisch, 1267 Pfund Schweinefleisch, 115 Pfund Speck, 1010 Pfund Kartoffeln, 45 Stück Seife, 118 Liter Spiritus, 1 lebendes Kalb, 2 lebende Kühe, 16 Schweine und 8 Zentner Karmelode, die man zur Spiritusbrennerei verwenden wollte. Ferner wurden 2 geheime Spiritusfabriken ausgehoben, und dies alles nur in einer einzigen ober-schlesischen Stadt.

**Opernhaus**  
Der Ring der Nibelungen.  
2. Tag: Siegfried.  
Anfang 6 Uhr.

**Schauspielhaus**  
**Coriolan.**  
Anfang 7 Uhr.

**Volksbühne**  
Theater am Bülowplatz.  
Direktion Friedrich Kayllert.  
7 1/2 Uhr: Der Schwarzkünstler.

**Deutsches Theater.**  
Abendlich 8 Uhr:  
Max Pallenberg in  
Familie Schmeck.  
Kammerspiele.  
Abendlich 8 Uhr:  
Leopoldine Konstantin  
in Elfersucht.

**Theater des Westens**  
Abendlich 7 1/2 Uhr:  
Max Werber und Hans Wassermann  
in Galala.  
Donnerstag 10. Auführung.

Dir.: C. Meinhart - R. Bernauer  
Theater 1. u.

**Königgrätzerstraße**  
Abendlich 7 1/2 Uhr:  
**Der Häuptling.**

**Komödienhaus**  
an der Marschallbrücke  
Lucie Böllig u. Ludw. Hartau  
8 Uhr: **Liselott**  
von der Pfalz.

**Berliner Theater**  
Mittwoch und Freitag 7 1/2 Uhr:  
Stere, die wieder leuchten.  
Donnerstag, Sonnabend und  
Sonntag 7 1/2 Uhr:  
Die tolle Komödie.

**Central-Theater**  
Kommodantenstraße 57.  
7 1/2 Uhr: **Die Schöne von Athen.**

**Deutsches Opernhaus**  
7 Uhr: **La Traviata.**

**Friedr.-Wilhelmst. Theater**  
7 1/2 Uhr: **Das Dorf ohne Glocke.**

**Kleines Theater.**  
7 1/2 Uhr: **Käseweibchen.**

**Komische Oper**  
7 1/2 Uhr: **Schwarzwaldbühne.**

**Lustspielhaus**  
7 1/2 Uhr: **Die spanische Fliege.**

**Metropol-Theater.**  
7 Uhr 20: **Die Faschingssee.**

**Neues Operettenhaus.**  
7 1/2 Uhr: **Die Dame vom Zirkus.**

**Faust-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Talisman.**

**Operette in 3 Akten v. Zornig.**  
Schiller-Theat. Charl.

7 1/2 Uhr: **Der Andere.**

**Thalia-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Zur wilden Hummel.**

**Th. am Nollendorfplatz**  
7 1/2 Uhr: **Nathan der Weise.**

**Gr. Freund. E. Lichtenstein**  
in

7 1/2 Uhr: **Die Puppe.**

**Theater d. Friedrichstadt**  
7 1/2 Uhr: **Sei eine Frechheit.**

**Versicherung gegen Elend.**  
Ein Päckchen.

**Wallner-Theater**  
7 1/2 Uhr: **Mandragola.**

**Trianon-Theater.**  
8 1/2 Uhr: **Der gute Ruf**  
von Hermann Sudermann.  
Sonntag 4 Uhr:  
**Johannistag.**

**Residenz-Theater.**  
Untergrund. Klosterstraße.  
Ausgang Stralauer Straße.  
Täglich 4 Uhr:

**Das höhere Leben.**  
Schauspiel von Sudermann.  
Regie: Alfred Rotter.

**Walhalla-Theater.**  
7 1/2 Uhr:  
**Die kleine Sklavin.**

**Rose-Theater.**  
7 1/2 Uhr: **Ehe-Verlob.**

**Luisen-Theater.**  
7 1/2 Uhr: **Die lichtsehende Dame**  
Sonntag

**Kabale u. Liebe.**

**Coigt-Theater**  
Bühnenstr. 88.  
7 1/2 Uhr:  
**15 Tausendmüßel.**

**Lesung-Theater**  
Sommerplatz: H. Sternberg.  
Gastspiel Guido Thielscher:  
8 Uhr: Charleys Tante.

**Deutsches Künstler-Theater.**  
Abendlich 7 1/2 Uhr:  
Max Adalbert u. Kurt Götz in:  
Die Hutschbahn.

**APOLLO**  
Friedrichstraße 218  
Dir.: James Klein  
7 1/4 7 1/2 und 7 3/4  
Gastspiel



**Anton Herrfeld**  
m. seiner aus 28 Personen bestehenden  
Gesellschaft in der  
Jahres Burleske  
**Wer ist der Vater?**  
Vorh. Sozialisten!

**Marmorhaus**  
Kurländendamm 238.  
Direktion:  
Sieghart Goldschmidt

Unwiderlich  
letzter Tag!

**PRINZESSIN  
TATJANAS  
TRAGÖDIE**  
(Wenn ein Weib den  
Weg verliert)  
6 Akte aus dem Leben  
einer modernen Frau.  
Regie:  
**Carl Wilhelm.**  
Aßerdem:  
**Albert hat Prokura**  
Lustspiel in 3 Akten.  
Titelrolle:  
**Albert Paulig.**  
4, 6<sup>15</sup>,  
8<sup>30</sup>.

**Theater am Kottbuser Tor**  
Abendlich 7 1/2 Uhr:  
ehemalige  
Mitl. d. der  
Sänger  
Sedel, Ruselli,  
Horst, Schubert  
usw.  
Humor, Spielplan  
Sommerpreise!

**Elie-Sänger**  
Büchsen-Konzert

**Winter-Garten**  
Täglich 7 1/2 Uhr  
**Varieté-Spielplan**  
Rauchen gestattet!

**Berliner Prater**  
7/9 Sankt-Nikolaus 7/4  
Täglich  
**12 Varieté-Konzertionen**  
Mit der Fany Ball.  
Dietz täglich  
Anfang 4 1/2 Uhr.

**Reichshall.-Theater**  
Wobrenk 7 1/2 Uhr:  
**Stettiner  
Sänger**  
Regie: Britton  
Mit Siebl aufm

**Flamingo**  
Weinstuben  
und Bar  
Taubenstr. 35

Anerkannt vorzügliche Küche  
**Gute Weine**  
fl. Kaffee / Rührlie Preise  
Wiener Schokolade  
Dietrich  
**Papi Werner.**  
Gemüthl. Aufenthalt.  
1 Eintritt frei!

**BRAUNES  
DIELE**  
ALEXANDERSTR. 33

**Lochpflanz-Wolf**  
Eise Gorch  
Karl Stühr  
3 Schwestern Lück  
Alfred Jansen  
Mary Walter  
Rosi Körner  
Am Pflanz: Sawatz  
Conf: Hinkelus  
Ebener-Konzerte.

**Möbel-Gelegenheitskäufe**  
Schlafzimmer  
Esszimmer  
Korridor  
Polstermöbel  
kompl. Küchen  
Einzeln Möbel

**Gr. Auswahl, bill. Preise**  
Auf Wunsch a. Teilzahlg.

**Möbel-Cohn**  
Gr. Frankfurter Str. 58  
5 Min. v. Alexanderpl. \*  
Filiale: Bismarckstr. 47-48.

**Sale bis 1000 Personen**  
bei der Vereins-Veranstaltung  
Reichs-Rangere u. Festliche  
Speise.

Berl. Vereins-u. Konzert-  
halle (über Armin-Gebäude)  
Rommantstr. 50-52  
Central-Halle,  
112 Sankt-Nikolaus-Str.  
Festl. Speiseplan 10180  
Spenden 4200-5000.  
Direktion: Seidigt, Quigler

**Salz bis 1000 Personen**  
bei der Vereins-Veranstaltung  
Reichs-Rangere u. Festliche  
Speise.

Berl. Vereins-u. Konzert-  
halle (über Armin-Gebäude)  
Rommantstr. 50-52  
Central-Halle,  
112 Sankt-Nikolaus-Str.  
Festl. Speiseplan 10180  
Spenden 4200-5000.  
Direktion: Seidigt, Quigler

**Salz bis 1000 Personen**  
bei der Vereins-Veranstaltung  
Reichs-Rangere u. Festliche  
Speise.

Berl. Vereins-u. Konzert-  
halle (über Armin-Gebäude)  
Rommantstr. 50-52  
Central-Halle,  
112 Sankt-Nikolaus-Str.  
Festl. Speiseplan 10180  
Spenden 4200-5000.  
Direktion: Seidigt, Quigler

**National-Theater.**  
Stürmischer Erfolg. 7 1/2 Uhr  
**Die Kinopuppe.**  
Circus  
**Busch**  
Heute 7 1/2 Uhr:  
Wohltätigkeitsvorstellung  
für d. deutsche Hilfswerk  
L. d. Kriegs- u. Zivilgefang.  
Circusprogramm, Tänze u.  
Ein Fest u. d. Siegerfriede.  
7 1/2 Ringer-Wetstreit.  
Piero-Scholz = Kyrill  
Strenge = Bahn  
Entscheidungskampf:  
Stromsky = Stoll.

**Admiral-Palast.**  
Täglich 7 1/2 Uhr  
Sonntags 3 u. 7 Uhr  
**Die neuen Ballette**  
im **Gespenserschloß**  
Wiener Walzer  
außerdem  
**Tanz-Revue**

**Audra-Kino.**  
Lola Montes II Teil  
Argus X.  
Vierh. Larten.

**Erstausstattung**  
**Kuffhäuser**  
Nieder-Schöneweide,  
Berliner Straße,  
direkt an d. Oberpost-Prigen.  
Im Rangier-Bahnhof  
leben Würmer

**Großes Konzert**  
Salen-Kapelle Felix Lütner  
aus Weimar.  
Jeden Donnerstag im großen  
Gartenhof

**Ball intim**  
Geistliche Hofmusik.  
Beginn 7 Uhr.  
Jeden Sonntag ab 4 Uhr  
Kapelle  
Modern. Ball u. Bujarska.

**Linden-  
Restaurant**  
Eingänge:  
Unter den Linden 44  
Friedrichstraße 82

all eifrig  
gerühmte  
Küche!

**Gut Dörsener und  
Münchener Biere**  
Kapelle Michael

**Ankauf  
von  
guten Antiquitäten**  
**ALTKUNST**  
G. m. b. H.  
Wilhelmstr. 40a.

**Ankauf  
von  
Juwelen**  
G. m. b. H.  
Kanonierstr. 9.

**Möbel-  
Gelegenheitskäufe**  
Schlafzimmer  
Esszimmer  
Korridor  
Polstermöbel  
kompl. Küchen  
Einzeln Möbel

**Gr. Auswahl, bill. Preise**  
Auf Wunsch a. Teilzahlg.

**Möbel-Cohn**  
Gr. Frankfurter Str. 58  
5 Min. v. Alexanderpl. \*  
Filiale: Bismarckstr. 47-48.

**Sale bis 1000 Personen**  
bei der Vereins-Veranstaltung  
Reichs-Rangere u. Festliche  
Speise.

Berl. Vereins-u. Konzert-  
halle (über Armin-Gebäude)  
Rommantstr. 50-52  
Central-Halle,  
112 Sankt-Nikolaus-Str.  
Festl. Speiseplan 10180  
Spenden 4200-5000.  
Direktion: Seidigt, Quigler

**Sale bis 1000 Personen**  
bei der Vereins-Veranstaltung  
Reichs-Rangere u. Festliche  
Speise.

Berl. Vereins-u. Konzert-  
halle (über Armin-Gebäude)  
Rommantstr. 50-52  
Central-Halle,  
112 Sankt-Nikolaus-Str.  
Festl. Speiseplan 10180  
Spenden 4200-5000.  
Direktion: Seidigt, Quigler

**Sale bis 1000 Personen**  
bei der Vereins-Veranstaltung  
Reichs-Rangere u. Festliche  
Speise.

Berl. Vereins-u. Konzert-  
halle (über Armin-Gebäude)  
Rommantstr. 50-52  
Central-Halle,  
112 Sankt-Nikolaus-Str.  
Festl. Speiseplan 10180  
Spenden 4200-5000.  
Direktion: Seidigt, Quigler

**Sale bis 1000 Personen**  
bei der Vereins-Veranstaltung  
Reichs-Rangere u. Festliche  
Speise.

Berl. Vereins-u. Konzert-  
halle (über Armin-Gebäude)  
Rommantstr. 50-52  
Central-Halle,  
112 Sankt-Nikolaus-Str.  
Festl. Speiseplan 10180  
Spenden 4200-5000.  
Direktion: Seidigt, Quigler

**Passage-Theater**  
Unter den Linden 22  
Dir. M. Solimann.

**Uraufführung**  
**Warum das Weib am Manne**  
? und  
? **der Mann am Weibe leidet?**  
? Monumentalfilmwerk,  
wobei die Schöpfung ihren Höhepunkt erreicht hat.  
Das größte aufsehenerregendste Sittenbild der  
Gegenwart in 5 Akten.

**Die Galoschen des Glücks** Lustspiel  
in 2 Akten.  
5.00 6.45 8.30

**Wie Satan starb**  
Kein berliner Roman von  
**Artur Landsberger**  
Dieser grosse, die Nerven auf-  
reizende Roman weist den  
Weg der allein was aus den  
Nöten der Zeit erretten kann  
Geb. M. T. — geb. M. 10. —  
10% Buchhändlerzuschlag

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen  
**Georg Müller Verlag**  
München, Elisabethstr. 26

**Vergnügungspalast Groß-Berlin**  
früher Kliems Festsäle, Hasenheide 13—15  
Direktion: KARL KNOPPE,  
Täglich: Das wirklich phänomenale, von Publikum und  
Presse anerkannte und als ganz hervorragend bezeichnete  
**Eröffnungs-Programm.**  
Anfang Wochentags 9 1/2 Uhr, Sonntags 4 Uhr.  
In den Prachtzäunen: Jeden Dienstag, Donnerstag und Sonntag  
**Großer Ball bei verstärktem Orchester.**  
Anfang Sonntags 4 Uhr, Wochentags 6 1/2 Uhr. 1917

**GARBÁTY**  
CIGARETTEN

In aller  
Qualität

**Zur Steuerung  
der Schuhnot!**

**Zur Steuerung  
der Schuhnot!**

Wir sind durch großen Einkauf von guten Lederschuhwaren  
in der Lage, Ihnen durch unser bekanntes, renommiertes  
**Schuh-Versandgeschäft**  
sogleich Sendung zu machen. Wir werden Sie gut bedienen, damit  
Sie uns Ihrem Bekanntenkreis empfehlen. Lieferung erfolgt sofort  
gegen Einsendung des Bezugsscheines gegen Nachnahme. Nicht-  
passendes wird bereitwilligst umgetauscht.

**Schuhvertrieb Fischer**  
Milspe (Westf.)  
gegründet 1894.

**Gerichtssachen.**  
Auf mein Ersuchen wurde laut Verfügung vom 22. April d. J. des Herrn  
Bezirksrichter-Stellvertreters aus Heerlen bei der General-Agentur in  
Heerlen der Aachen-Leipziger Versicherungs-Aktien-  
Gesellschaft aus Aachen die

**CONSERVATOIRE BESCHLAGNAHME**  
aller Bureaumöbel befohlen bzw. erlassen zwecks Erlangung meiner Brand-  
entschädigung aus Dezember 1918.

Zeddau-Brand, 1. Mai 1919. **HAR. JOB. BERGEVOKT.**

**Frachtsäle des Westens**  
Speichernstr. 8  
(Untergrundbahn-  
Nürnberg-Platz)

Jeden Dienstag  
Mittwoch, Donner-  
tag und Sonntag:  
Sonntags Anfang 8 Uhr, wochentags Anfang 6 Uhr.

**Gr. Ball**

**Lonndorf**  
Wald 103, Unter den Linden 26  
Ab 1 Uhr mittags geöffnet!

**Kaffee-Diele / Bar**  
abends erstklassiger Restaurationsbetrieb

**Nachmittag- u. Abend-Konzerte**  
Kapellen Hermann u. Schäfer Widmann  
Ehrenvorsetz: Hölzlischer Sommergarten  
Bemerkung: Blumen-Schnee-Beize  
Schichtleitung: Lonndorf-Beize  
Ed. Anna Lonndorf

Neu eröffnet! Neu eröffnet!

**„Libelle“**  
Jägerstraße 63 a.

Gepflegte Weine. Gute Küche.  
Täglich Tanz, Anf. 7 1/2 Uhr Kapelle Polischuk.

**Plano- und Flügel**  
Garcinolum  
neu, gebrauchte, sehr preiswert.  
Gebrüder, Dronkeplatz 21.

**Annahme für Vorwetten.**  
Rennen zu  
**Hamburg-Großborstel** 19., 21. Juni  
**Hamburg-Horn** 22., 25. Juni  
**Horst-Emscher** 19., 22. Juni

Trabrennen zu  
**Berlin-Mariendorf** 22. Juni  
**Regensburg** 19., 22., 23. Juni

Annahme von Vorwetten für Berlin bei perade-  
lich erteilten Aufträgen bis 3 Stunden vor dem ersten  
programmäßig angesetzten Rennen. Für auswärtige  
Plätze nur am Tage vor dem Rennen bis 6 1/2 Uhr  
abends:

**Schadowstr. 8** parterre, **Kurfürsten-  
damm 234**, **Bayerischer Platz 9**, **Eng-  
Innsbrucker Str. 63**, **Oranienburger Str.  
48-49** (an der Friedrichstraße), **Schiff-  
bauerdamm 19** (Kommission f. Trabrenn.)  
**Neukölln, Bergstr. 43**

u. an den Theaterkassen der Firma A. Wertheim  
**Leipziger Str. 132** **Rosenthaler Straße**  
**Nollendorfplatz 7** **Taunizstr. 12a**  
**Planufer 24** **Unter den Linden 14**  
**Moritzplatz** **Königsstr. 51/52.**

Für briefliche u. telegraphische Aufträge Annahme  
bis 3 Stunden vor Beginn des ersten programmäßig  
angesetzten Rennens

**nur Schadowstr. 8.**  
An Wochentagen vor den Rennen werden Wetten  
bis 7 Uhr abends angenommen.

**Billige Holzsandalen!**

870 Paar, und mehr:	27	28	29	30
80 Paar 10 Paar 5 Paar 30 Paar 25 Paar 10 Paar	21	22	23	24
60 Paar 100 Paar 67 Paar 18 Paar 1 Paar 5 Paar	41	42	43	44
25 Paar 35 Paar	45	46	47	48

„Progress“, Inhaber: Gesellschaft m. b. H. SW 48, Friedrichstr. 212.

**Juwelen, Perlen**  
**Margraf & Co. G.m.b.H.**  
Kanonierstr. 9 - Berlin - Taunizstr. 12a  
(Auch Ankauf)

**Photo-Apparate**  
Objektive Mikroskops  
kauft und verkauft  
Potsdamerstr. 138  
Gg. Leifegang Jauernitzerstr. 12  
Berlin Schloß-Platz 4

**Künstliche Zähne**  
In eleganter, moderner Ausführung! Goldkronen!  
Zähne ohne Platte! Plomben! Zahnstehes m. Metall.  
Teilzahlung wöchentlich, monatlich.  
Umarbeitung alter Gebisse und Reparaturen sofort!

**Zahn-Praxis M. Luser, Brunenstr. 133**  
zwischen Rosenthal-Platz u. Invalidenstr. Spr. 8-1-3-7, Sonnt. 9-12

**Plättmaschinen**  
zum Wägen seiner Wäsche bieten gute Grundzüge mit  
leistungsfähigen Erfindungen mit wenig Kapital. Druckkosten  
und Offerten kostenlos. 778

**Soritzer Wägerei- und Plättmaschinenfabrik**  
**Rumsch & Hammer, Forst (Lusatia)**

**500**  
Täglich 9-5 Uhr  
Vorführung  
Eintritt frei!

**Monatsraten**  
Referieren wir unsere berühmten,  
tonreinen und klängevollsten  
**Sprechapparate**  
mit nadellosen, sich fast  
nie abnutzenden Saphirplatten.  
Verlangen Sie unsere illustrierten  
Sprechapparate-Broschüre  
gratis und sofort  
oder besuchen Sie uns  
**Alexandrinenstr. 97**  
MIRA, Berlin S 48  
Friedrich 1076

**Lichtenberg,**  
unweit Bohnthal, habe ich ein  
sehr gut erhaltenes Pension-  
haus, 1907 erbaut, preiswert  
zu verkaufen. 1-3 Zimmer,  
1 Bad, Ofenheizung, Fläche  
10128 qm. Preis 150 000 RM.  
Anzahlung 25 000 RM.  
Recher Heberich 25 000 RM.

**Wilhelm Perwitz,**  
Martin-Lutherstr. 68.  
Roßmarkt 5521.

**Gegen unreines Blut**  
zum Ausschleiden aller Schlei-  
men aus den Scliten gibt es  
nichts Besseres als Spechtel  
Pantensins Nennsalz. Ge-  
ben Sie dies bei bei Ausfällen,  
Schleimbildung, roter Stuhl,  
Nichten, Blutenbrang und  
Berührung. Jede Dose 5.50  
nur von Spechtel, Nennsalz  
Berl. Carenberg 2. 44.

**Annahme für Vorwetten.**  
Rennen zu  
**Hamburg-Großborstel** 19., 21. Juni  
**Hamburg-Horn** 22., 25. Juni  
**Horst-Emscher** 19., 22. Juni

Trabrennen zu  
**Berlin-Mariendorf** 22. Juni  
**Regensburg** 19., 22., 23. Juni

Annahme von Vorwetten für Berlin bei perade-  
lich erteilten Aufträgen bis 3 Stunden vor dem ersten  
programmmäßig angesetzten Rennen. Für auswärtige  
Plätze nur am Tage vor dem Rennen bis 6 1/2 Uhr  
abends:

**Schadowstr. 8** parterre, **Kurfürsten-  
damm 234**, **Bayerischer Platz 9**, **Eng-  
Innsbrucker Str. 63**, **Oranienburger Str.  
48-49** (an der Friedrichstraße), **Schiff-  
bauerdamm 19** (Kommission f. Trabrenn.)  
**Neukölln, Bergstr. 43**

u. an den Theaterkassen der Firma A. Wertheim  
**Leipziger Str. 132** **Rosenthaler Straße**  
**Nollendorfplatz 7** **Taunizstr. 12a**  
**Planufer 24** **Unter den Linden 14**  
**Moritzplatz** **Königsstr. 51/52.**

Für briefliche u. telegraphische Aufträge Annahme  
bis 3 Stunden vor Beginn des ersten programmmäßig  
angesetzten Rennens

**nur Schadowstr. 8.**  
An Wochentagen vor den Rennen werden Wetten  
bis 7 Uhr abends angenommen.

**Billige Holzsandalen!**

870 Paar, und mehr:	27	28	29	30
80 Paar 10 Paar 5 Paar 30 Paar 25 Paar 10 Paar	21	22	23	24
60 Paar 100 Paar 67 Paar 18 Paar 1 Paar 5 Paar	41	42	43	44
25 Paar 35 Paar	45	46	47	48

„Progress“, Inhaber: Gesellschaft m. b. H. SW 48, Friedrichstr. 212.

**Juwelen, Perlen**  
**Margraf & Co. G.m.b.H.**  
Kanonierstr. 9 - Berlin - Taunizstr. 12a  
(Auch Ankauf)

**Photo-Apparate**  
Objektive Mikroskops  
kauft und verkauft  
Potsdamerstr. 138  
Gg. Leifegang Jauernitzerstr. 12  
Berlin Schloß-Platz 4

**Künstliche Zähne**  
In eleganter, moderner Ausführung! Goldkronen!  
Zähne ohne Platte! Plomben! Zahnstehes m. Metall.  
Teilzahlung wöchentlich, monatlich.  
Umarbeitung alter Gebisse und Reparaturen sofort!

**Zahn-Praxis M. Luser, Brunenstr. 133**  
zwischen Rosenthal-Platz u. Invalidenstr. Spr. 8-1-3-7, Sonnt. 9-12

**Plättmaschinen**  
zum Wägen seiner Wäsche bieten gute Grundzüge mit  
leistungsfähigen Erfindungen mit wenig Kapital. Druckkosten  
und Offerten kostenlos. 778

**Soritzer Wägerei- und Plättmaschinenfabrik**  
**Rumsch & Hammer, Forst (Lusatia)**

Verkauf

Verkauf von... [Detailed text listing various items for sale, including furniture, books, and household goods.]

Verkauf von... [Detailed text listing various items for sale, including furniture, books, and household goods.]

Verkauf von... [Detailed text listing various items for sale, including furniture, books, and household goods.]

Verkauf von... [Detailed text listing various items for sale, including furniture, books, and household goods.]

Verkauf von... [Detailed text listing various items for sale, including furniture, books, and household goods.]

Verkauf von... [Detailed text listing various items for sale, including furniture, books, and household goods.]

Verkauf von... [Detailed text listing various items for sale, including furniture, books, and household goods.]

Verkauf von... [Detailed text listing various items for sale, including furniture, books, and household goods.]

# Krisengerüchte in Paris.

Verfuchsbalkon?

Paris, 17. Juni. (S. R.) Aus Paris wird gemeldet, daß Graf Brockdorff-Rantzau nicht wieder nach Versailles zurückkehren werde. Man glaubt, daß er durch einen anderen Delegierten ersetzt wird, der wohl unterzeichnen werde. Man nennt Erzberger als Rantzau's Nachfolger als Chef der deutschen Delegation.

## Tas Rätselraten um die Annahme.

Paris, 17. Juni. (S. R.) Aus Paris wird gemeldet: Täglich nimmt die Ueberzeugung zu, daß die Deutschen wohl unterzeichnen werden. Der Optimismus ist so groß, daß Wetten im Verhältnis 3 : 2 und 5 : 3 für den Frieden abgeschlossen werden. Man erwartet aber, daß Graf Rantzau nicht die persönliche Verantwortung für die Unterzeichnung übernehmen wird, sondern daß er die Regierung in Weimar auffordern wird, den Beschluß zu fassen, ihm einen Auftrag entsprechend dem Regierungsbeschluß zu erteilen.

## Protest des Grafen Brockdorff.

Wegen die Pöbelausbreitungen in Versailles.

Die allen Gesandten internationalen Ansehens schmerzhaften Ausbreitungen der Versailler Bevölkerung bei der Abreise der deutschen Friedensdelegation haben, wie die S. R. an zühändiger Stelle erfahren, den Grafen Brockdorff sofort veranlaßt, noch vor seiner Abreise bei der französischen Regierung in schärfster Weise gegen diese beispiellose Verletzung des Majestäts und der internationalen Höflichkeit Protest zu erheben.

## Vor der Wiederaufnahme der Blockade.

Britische Verhandlungen mit Holland.

Amsterdam, 17. Juni. Der Haager Berichterstatter des „Allgemeinen Handelsblatt“ berichtet: Die noch immer gültigen Abmachungen zwischen den assoziierten und Holland bieten genügende Garantien für eine eventuelle Befreiung der Blockade in ihrer schärfsten Form. Von einem an Holland gerichteten Ersuchen der Assoziierten um Mitwirkung ist nichts bekannt, wohl aber haben die Assoziierten Holland ersucht, im Falle der Nichtunterzeichnung an einem wirtschaftlichen Boykott Deutschlands durch ein vollständiges Ein- und Ausfuhrverbot unter Verbot jeglicher Durchfuhrung durch Deutschland mitzuwirken. Nach Ansicht des Berichterstatters ist der Bericht ausländischer Mäxter über die ablehnende Antwort Hollands richtig.

## Die deutsche Presse zur Entente-Note.

Da die Versailler Blätter bis zur Stunde nicht erschienen, geben wir nachstehend einige Stimmen führender Provinzialblätter zum Friedensangebot wieder. So schreibt die „Frankfurter Zeitung“:

„Die Verantwortung dieser Stunde ist unermesslich, wir sind entschlossen, sie zu tragen. Die Wahrheit ist: Deutschland ist außerstande, dem Feind die Unterschrift unter den Vertrag zu verweigern, wenn es durch das Ultimatum gezwungen wird. Sind wir und hierüber klar und muß die Hoffnung auf jedes weitere Zugewinn vor der Unterzeichnung ausgegeben werden, so muß dieser tödlich ernste Schritt ohne Schwanken getan werden. So wie die politischen Dinge in Deutschland und außerhalb liegen, ist unser Volk nicht in der Lage, einen heroisch gefällten Entschluß auf unbestimmte, sicher nicht kurze Zeit durchzuhalten.“

Die „Münchener Augsburger Abendzeitung“ bringt dagegen ein Telegramm ihres Versailler Berichterstatters, in welchem die Unterzeichnung des Friedensvertrages als Selbstmord mit offenen Augen hingestellt wird.

Die „Münchener Neuesten Nachrichten“ schreiben redaktionell:

„Die Hoffnung, Deutschlands Gegner würden zu einsichtsvoller Haltung geführt werden, sind geringer geworden. Die Montenegro-Note übertrifft an Unverschämtheit noch die früheren Dokumente.“

In einem Artikel „Die sieben Schicksalstage“ schreibt das rheinische Zentrumorgan, die „Aöln. Volksztg.“, u. a.:

Die Tragweite dieser Entscheidungen, die Last der Verantwortung ist wohl kaum auszubedenken. Die Geschichte kennt kein Beispiel dafür. Ein einzelner vermöchte eine solche Verantwortung überhaupt nicht zu tragen, selbst für ein in Jahrhunderten fest eingewurzelte Demokratie wäre sie eine fast unüberwindliche Belastungsprobe und nun soll unsere junge Demokratie diese Probe bestehen. . . .

Nicht werden Regierung und Mehrheitsparteien die Probe auf die Einigkeit gegenüber dem abgeanderten Entwurf zu bestehen haben.

## Die unpolitischen Kriegervereine.

Mobilisierung zur Gegenrevolution.

Vor einigen Tagen druckten wir eine Verächtung des Vorstandes des Reichs-Kriegerverbandes ab, die der Welt einzureden suchte, daß der von den Kriegervereinen gegründete „Reichs-Krieger-Don“ ein gänzlich unpolitisches Einrichtungs sei. Wir bemerkten damals, der Reichs-Krieger-Don sei eben unpolitisch wie die Kriegervereine selber. Wie es aber mit deren unpolitischem Charakter steht, das möge die Rede bezeugen, mit der der Reichs-Kriegerverbandstag in Neustettin eröffnet wurde. Nach dem Bericht der „Neustettiner Zeitung“ vom 13. Juni führte der Vorsitzende des Verbandes, Landrat a. D. v. Bonin-Bahrenbusch, aus, er wolle keine politische Rede halten, fuhr aber im selben Atemzug fort:

„Wer das darf und muß ich sagen, daß dieser Zusammenbruch mit möglich war durch das Zusammenwirken der äußeren und inneren Feinde unseres Volkes. Unmittelbar vor dem Ende (11) drin die Sozialdemokratie von Anfang des Krieges an getrieben hatte (12), fiel sie, unterstützt durch russische und englische Geld, unter dem Namen der Freiheit, nachdem sie in jahrelanger gewalttätiger Arbeit dessen patriotische Einnung und heroischer Tapferkeit untergeben hatte. Ein gewisses Verbrechen ist wohl niemals von einem Volke begangen worden, so lange die Welt steht! Und so kam es, daß eine Damboll meinediger Verbrecher die Gewalt im Staate an sich riß und unser altes lautes Freuen in Trümmer schlug.“

Wir wollen uns hier nicht mit den schmutzigen Dingen und Schimpereien aufhalten, die der Landrat über die Haltung der Sozialdemokratie verbreitet, sondern nur öffentlich die

Frage stellen, wie weit diese Äußerung als unpolitisch angesehen werden kann. Dasselbe gilt von der folgenden:

Die sogenannte (11) Nationalversammlung hat bekanntlich beschlossen, daß die Farben des Deutschen Reiches nicht mehr schwarz, weiß, rot sein sollen, unter denen wir alle gefochten haben, sondern schwarz, rot, gold. Es ist kaum zu glauben, daß sie damit sich selbst aber die Revolution verpönten wollte — aber die Meinung dieser Farben, die mir kürzlich begegnete, ist doch wohl die einzig richtige: schwarz liegt die Zukunft vor uns, blutig rot ist die Gegenwart und golden war die Vergangenheit, um die jene Schurken das deutsche Volk betrogen haben!

Sehr interessant ist auch, daß nach der Ansicht dieses Kreisvorsitzenden die Kriegervereine weiter sozialdemokratische und demokratische Mitglieder in ihren Reihen fernhalten sollen. Landrat v. Bonin sagte nämlich:

„Und weiter, Neben Freunde, seien Sie verständig bei der Aufnahme neuer Mitglieder! Ich will damit nicht sagen, daß Sie jeden Kameraden ablehnen sollen, der einmal einen roten oder roten Hahnen — das ist kaum noch ein Unterschied! — abgeben hat. Die allermeisten der demokratischen Wähler sind ja arme bedröhte Leute, die sich der Tragweite ihrer Handlungswaise gar nicht bewußt sind. Wer denen Sie sich davor, Agitationen anzuschmeißen, oder Leute, von denen zu befürchten ist, daß sie die anständigen, patriotischen Kameraden aus den Vereinen hinausdrängen, und sich der Leitung der Vereine bemächtigen könnten. Das wäre das Gerb der Kriegervereine!“

Aber Herr v. Bonin geht noch weiter. Er will die Kriegervereine bereits für die Gegenrevolution mobil machen, indem er ausführt:

„Vor etwa 20 Jahren oder länger habe ich ein Buch gelesen, das die Ereignisse der letzten 8 Monate mit verblüffender Richtigkeit voraus sagte, einschließlich der und noch bevorstehenden Ereignisse wie der wirklichen Hungersnot und des Menschenstrellens in den Großstädten, das in Berlin ja schon angefangen hat. Wie nun in jenem Buche — alles drunter und drüber geht, jede Ordnung und Gefügung aufgelöst ist, da treten die Kriegervereine an, marschieren in Form eines Weichschritts durch die Straßen und stellen die Ordnung wieder her.“

Meine lieben Kameraden, halten Sie sich bereit für den Fall, daß auch dieser Teil jener Prophezeiungen und nicht erspart werden sollte!

Vielleicht sendet uns nun Herr Geheimrat Westphal wieder eine „Verächtung“, daß all dieses gänzlich unpolitisch sei!

## Lebensmittelunruhen in Glatz.

In Lebensmittelunruhen kam es in Merano und Glatz. Wegen Unzufriedenheit mit der Lebensmittelversorgung zog eine Menge Leute von dem erstgenannten Orte nach Glatz. Auf dem Wege dorthin wurden in einem Dorfe einige Säcke zerstreut. Nachdem die Menge ihre Wünsche der Bundeshaushaltsverwaltung in Glatz vorgebracht hatte, zerstreute sie sich und die Ruhe wurde weiterhin nicht mehr gestört.

## Agitationskonferenz der S. P. D. Berlin.

Genosse Lüdemann führte aus, daß wir zu Beginn der Revolution dabei waren, eine Reorganisation der Partei vorzunehmen. Um ein inniges Zusammenarbeiten zu ermöglichen, sollen Agitationskonferenzen einberufen werden. Die Parteigenossen hatten nicht die Möglichkeit so ihre Meinungen und Wünsche den maßgebenden Instanzen bekannt zu geben, wie es zu wünschen wäre. Durch die Einheitsorganisation ist dies nicht mehr der Fall. Wir haben eine zentrale Geschäftsstelle, die in Spezialgebiete gegliedert ist und auch Spezialwünsche leichter befriedigen kann. In den Abteilungen ist das Leben reger geworden. Es hat jeder Parteigenosse die Möglichkeit seine Meinung zum Ausdruck zu bringen. Den Sonderbestrebungen einzelner Parteigenossen ist ebenfalls Rechnung getragen worden, indem der Bezirksvorstand zugleich besondere Versammlungen einberufen. Es ist deshalb zu beweisen, daß die organisierte Opposition jetzt wieder besondere Versammlungen einberuft; es muß endlich einmal dazu entschlossen werden. In der Diskussion wurde allgemein das Verhalten der Opposition mißbilligt und auf einige Mängel der Organisation hingewiesen.

Genosse Frank führt aus, daß wir auch heute jederzeit bereit sind und mit der U. S. P. zu einigen. Die Einigung kann nur auf dem Boden des Erfurter Programms erfolgen. Die Unabhängigen zeigen durch ihr Verhalten in den Gewerkschaften, Turnvereinen usw., daß sie nicht ehrlich an die Einigung arbeiten. Der Parteitag hat sich für Einigungsvorhandlungen von Zentrale zu Zentrale bekannt. Aus dem Sozialistenkongreß der Zentrale kann, infolge der wilden Beschädigung und dadurch daß keine Beschlüsse gefaßt werden können, nicht viel herauskommen. Charakteristisch ist es, daß in Charlottenburg der Wahlverein der U. S. P. beschlossen hat, alle Mitglieder, die sich mit der Einigung befassen, aus der Partei auszuschließen.

Busch spricht über die Vorbereitungen, die für einen neuen Generalkongreß scheinbar getroffen werden. Dagegen müsse man sich schon im Anfang wenden.

In der Diskussion wird bemängelt, daß von Seiten des Bezirksvorstandes keine festen Richtlinien für die politischen Streiks herausgegeben werden und die Stellung der Arbeiterräte der S. P. D. klar kritisiert. Ein Antrag, der folgenden Wortlaut hat, wird angenommen:

In Anbetracht der Verwirrung, die durch die fortwährend sich häufenden politischen Streiks hervorgerufen wird, beschließt die Agitationskonferenz der S. P. D.:

Politische Streiks sind Sache der politischen Parteien. Es wird der Volkerversammlung der Arbeiterräte für Groß-Berlin das Recht abgeprochen politische Streiks zu proklamieren. Die Faktion der S. P. D. Arbeiterräte wird aufgefordert, sich auf den vorstehend festgesetzten Boden zu stellen und eine Mitwirkung bei beratenden Beschlüssen in der Volkerversammlung abzugeben.

Volat verteidigt die Politik der Arbeiterräte. Gewünscht wird ein besseres Zusammenarbeiten und bessere Aufklärung durch Presse und Flugblätter. Angenommen wird ein Antrag der verlangt, daß die Arbeiterräte während in Fühlung mit dem Bezirksvorstand bleiben.

## Die 12. Generalversammlung des Verbandes der Glasarbeiter und -Arbeiterinnen Deutschlands.

hand dieser Tage in Jena statt. Der Verbandsvorsitzende Girbig zeichnete in seiner Eröffnungsrede ein Bild von der verheerenden Wirkung des Krieges, der große Lücken in die Mitgliederreihen gerissen hat. Erste und heiligste Pflicht des Verbandes sei es, Mittel bereit zu stellen, um die Hinterbliebenen der Gefallenen zu unterstützen. Den Geschäftsbericht, der sich vom Mai 1913 bis Mai 1919 erstreckte, erstattete der Verbandsvorsitzende Girbig. Die Mitgliederzahl, die im ersten Quartal 1914 18 079 und im vierten Quartal 1914 6495 betrug, ist auf etwa 33 000 bis jetzt gestiegen. Am 1. Oktober 1915 konnte der Verband auf sein 12. Jahrestag zurückblicken. Der Vorsitzende erklärte am Schluß seiner Ausführungen, daß es seine höchste Aufgabe war, der Gesamtheit zu dienen.

Den Kassenbericht erstattete der Kassierer Samann. Das Verbandsvermögen betrug am Jahresschluß 1918 381 387 M. Das Verbandsorgan „Der Haderlose“ hat eine Auflage von rund

36 000 Exemplaren. Seit Ausbruch der Revolution sind 33 neue Zeitschriften gegründet worden.

Den Bericht des Ausschusses erstattete Wieg, der erklärte, daß der Hauptvorstand den Ausschuss bei verschiedenen wichtigen Fragen ignorierte. Im übrigen muß anerkannt werden, daß der Hauptvorstand seine Pflicht und Schuldigkeit getan hat. Die hierauf eingehende Diskussion über den Tätigkeitsbericht des Vorstandes ist eine ausgedehnte. Derselbe wünschte, daß der Briefwechsel, der zwischen dem Glasindustriellen und dem Hauptvorstand während des Krieges gepflogen wurde, in Buchform herausgegeben wird, da dieser ein historisches Dokument für den Klassenkampf darstellt. — Die Kriegspolitik der Generalkommission der Gewerkschaften wird von mehreren Rednern beurteilt. Von den meisten Diskussionsteilnehmern wurde weniger Kritik an der Tätigkeit des Vorstandes geübt, vielmehr beschäftigte man sich mit der Einigungsfrage des Proletariats.

Alle wünschen eine baldige Einigung im Interesse der Klassenbewußten Arbeiterschaft, die die Widerarbeit der Delegierten aber nur auf dem Wege des RäteSystems herbeiführen möchte, während die Mehrheit in dieser Hinsicht weniger optimistisch ist.

Im Schlußwort zum Vorstandsbericht wandte sich der Vorsitzende gegen die Angriffe auf den Hauptvorstand. Wäre die Einigungsfrage eine andere, so würde der Stolz gegen die Gewerkschaftsführer in diesem Maße nicht vorhanden sein. Komme das RäteSystem, so wird es manchmal an Not fehlen. Die verpönten Gewerkschaftsführer würden auch dann ihre Pflicht und Schuldigkeit tun, um die Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus zu befreien.

Den zweiten Punkt der Tagesordnung: „Die Tarifgemeinschaften innerhalb des Glasarbeiterverbandes“, behandelte der zweite Vorsitzende, Grängel, in einem ausführlichen Referat. Der Glasarbeiterverband hat durch die Tarifgemeinschaften Erfolge erzielt, wie keine andere Gewerkschaft. Die Akkordarbeit haben die Kollegen abgelehnt und dabei muß es auch bleiben. Der Reichstaxi muß kommen.

In der Diskussion sprechen nur wenige Redner gegen die Tarifgemeinschaften. Sassenbach von der Generalkommission geht ebenfalls in die Debatte ein und betont: Wie die wirtschaftlichen Verhältnisse sich in nächster Zeit gestalten, ist noch nicht abzusehen. Die meisten Anhänger des RäteSystems sind sich der kommenden schweren Aufgabe auf diesem Gebiete nicht bewußt. Die Gewerkschaftsführer haben mit ihren Wünschen mehr in Verbindung, als die Theoretiker der radikalen Richtung, die nur von ihrem Schicksal aus mit den Massen in Fühlung stehen. Die Arbeitgemeinschaften, die mit den Unternehmern vereinbart wurden, hätten bei einem regulären Abschluß des Krieges große Vorteile für die Arbeiterklasse gebracht. Der Wille in dieser Frage ist heute leider bei einem großen Teile der Arbeiterschaft getrübt. In einigen Jahren, wenn die Zeiten normale geworden sind, wird man die Haltung der Gewerkschaftsvorstände und der Generalkommission begreifen lernen. Der Referent präziserte im Schlußwort nochmals seinen Standpunkt zur Tarifgemeinschaft. Volles Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte ist auch in der Glasindustrie notwendig. Solange wie nichts Besseres an die Stelle der Tarifgemeinschaften gesetzt werden kann, müssen letztere beibehalten werden zum Nutzen der Arbeiterschaft. — Mit Zweidrittelmehrheit beschloß man den Ausbau und das Weiterbestehen der Tarifgemeinschaften.

### „Die Sozialisierung in der Glasindustrie“

Behandelte der Vorsitzende Girbig in einem 14minütigen Vortrag nach den Anschauungen von Kautsky, Hilferding, u. a. Die Glas- und Spiegelglasindustrie sind reich zur Sozialisierung, da diese bis zu 90 Proz. subidiert. Wenn diese beiden Industrien sozialisiert sind, können die Verarbeitungs- und Materialindustrie, dann die Textilindustrie folgen. Der Referent erklärte, daß seitens des Hauptvorstandes nichts unversucht gelassen wird, bei den Regierungskreisen dahin zu wirken, daß endlich ein schnelleres Tempo in der Sozialisierung eingeschlagen wird. Die Delegierten erklärten sich mit den zu unternehmenden Schritten des Vorstandes in dieser Frage einverstanden. Hierzu wird in die

### Beratung der Entwürfe zum Bericht des Vorstandes

eingetreten.

Ein Antrag aus Dresden verlangt, daß sämtliche Mitglieder bei den künftigen Gruppen aufzufordern sind, bis 1. Juli dieses Jahres aus denselben auszutreten. Kommen sie dieser Aufforderung nicht nach, so sind sie aus dem Verbands auszuscheiden. Bei den im Grenzschutz Ost befindlichen Mitgliedern wird die Frist zum Austritt bis 1. August verlängert. Dieser Antrag wird angenommen.

Zur Verschmelzungsfrage aller Verbände zu einem Industrieverband erklärte der Vorsitzende, daß auf der nächsten Vorstandskonferenz der deutschen Gewerkschaften in diesem Sinne gewirkt werden soll.

Ein Tarif ohne Arbeitsbewährung darf nicht mehr abgeschlossen werden. Die Höhe des Urlaubes ist nicht nach der Beschäftigungsdauer in einem Betriebe, sondern nach dem Lebensalter festzusetzen.

Das Verbot ist von den Firmen zu liefern. Das den Arbeitern noch gehörige Verbot ist von den Firmen zu übernehmen und dem jetzigen Werte entsprechend zu entschädigen. Zur Bekämpfung der Heimindustrie werden zu ergreifende Maßnahmen dem Hauptvorstand überlassen.

Die Weiterberatung der Anträge wurde am fünften Verhandlungstag unterbrochen, um doreist ein Referat über das RäteSystem durch Wüller vom Berliner Kollisionsrat entgegen zu nehmen. Die zweifelhafte Ausführungen verdrängten sich in einer Revolution, worüber namentlich abgestimmt wurde und die mit 68 gegen 3 Stimmen zur Annahme gelangte. Es lautet:

„Der Verbandstag der Glasarbeiter erkennt den völligen Zusammenbruch der kapitalistischen Welt und der sie stützenden bürokratischen Demokratie. Er lehnt alle Versuche ab, die geeignet sind, die kapitalistische Welt erneut aufzurichten, wie es durch die von der Generalkommission der Gewerkschaften und den Unternehmernorganen ausgeübten und vom Reichswirtschaftsministerium vertretenen Wirtschaftspolitik! beabsichtigt wird.“

Tarifgemeinschaften können und dürfen nur den Zweck verfolgen, die Arbeiterinteressen der Mitglieder zu wahren, niemals aber zum Selbstzweck werden. Die Organisation muß den revolutionären Forderungen des Proletariats dienlich gemacht und dem RäteSystem eingegliedert werden.

Der Verbandstag fordert die schnelle Sozialisierung des gesamten Staats- und Wirtschaftslebens, die nur möglich ist mit Hilfe der proletarischen Demokratie, die ihren Ausdruck in einem RäteSystem finden muß, das dem Proletariat die politische und wirtschaftliche Macht sichert.“

Die Beitragsverteilung wird wie folgt festgesetzt: Bei 30 R. Wochenverdienst 50 Pf., bei 31 bis 50 R. Wochenverdienst 80 Pf., über 50 R. Wochenverdienst 120 Pf. Die Beitragserhöhung soll ab 1. Oktober in Kraft treten. Eine Abstimmung wird darüber entfallen.

Angenommen wurden folgende Anträge: Bei zukünftigen Tarifabschlüssen müssen sich die Unternehmern verpflichten, Unorganisierte in ihren Betrieben nicht mehr zu beschäftigen.

Darauf erfolgte die Annahme einer Reihe Anträge zur Abänderung des Statuts, auf deren Wording wir aus Raumgründen verzichten müssen. Ueber den demnachst stattfindenden

### Gewerkschaftskongreß

referierte der zweite Vorsitzende, Grängel, in kurzen Ausführungen. Als Delegierte zum Gewerkschaftskongreß wurden Grängel, Dirscherl und Riedl gewählt.

### Die Wahl des Vorstandes

wurde auf Antrag Tausch per Akklamation dorgeworfen. Wegen drei Stimmen wird der Gesamtvorstand wiedergewählt, ebenso der Vorsitzende des Ausschusses. Hierzu waren die Verhandlungen beendet.

# 21. Verbandstag der Bergarbeiter.

Dielefeld, 10. Juni.

2. Vorsitzender Hufmann begrüßt die noch erschienenen Delegierten, — den Delegierten des besetzten Gebietes wurden die Pässe verweigert! —

Redakteur Umbreit überbringt die Wünsche der Generalkommission. Die Gewerkschaften haben während des Krieges allein die Interessen der Arbeiterschaft vertreten und ihre sozialen Erfolge gesichert. Heute haben wir fast 6 Millionen Gewerkschaftler. Ein Beweis für die Entwicklungskraft der Gewerkschaften. Der Kollektivvertrag hat seinen Einzug in die Schwerindustrie gefunden. Nicht die Mitgliederzahl der Gewerkschaften tut es allein, sondern ihr Einfluss zeigt sich in den Lohn- und Arbeitsverhältnissen. Vier Richtungen in der Bergarbeiterorganisation sind mehr als genug. Nur durch Einigkeit können wir zur Bewirkung der Ziele des Sozialismus. Kluge der Verband gefestigt aus der Logung hervorgehen.

Hufmann gedenkt der 4381 gefallenen Mitglieder, zu deren Ehren sich die Versammelten erheben.

Darauf wird folgender Antrag Köppler und Genossen ohne Debatte einstimmig angenommen:

Die Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes fordert die zuständigen Stellen auf, alle während der Streikbewegungen im Bergbau Inhaftierten, denen keine Verbrechen gegen Menschenleben und Eigentum zur Last gelegt werden können, sofort zu entlassen.

Die Einschließung wurde an die Regierung in Weimar telegraphiert.

Zum Geschäftsbericht des Vorstandes nimmt Sachs das Wort. Die Taktik des Verbandes während des Krieges habe sich als richtig erwiesen. Die Bergarbeiter mühten sich in einem einzigen großen Verbande. In der Lohnverbesserung habe der Verband das möglichste getan. Die Arbeitsgemeinschaft sei zum besten der Arbeiter. Wären die Arbeiter vorher besser organisiert gewesen, hätten es die Unausgeglichenheiten und Unvernünftigkeiten nicht fertiggebracht, die Unruhen und Wirren unter den Bergleuten hervorzurufen. Die Forderungen waren oft unerfüllbar. Gegen den Terror und die Verhinderung der Arbeiter an der Arbeit durch Waffen konnte nur Militär Ruhe und Ordnung schaffen. Redner leuchtete das Vorgehen der Reuenerkommission. Es darf nicht dahin kommen, daß die Unausgeglichenheiten über die Organisierten die Oberhand gewinnen. Selbst Paris und Straßburg warnen davor. Wir dürfen in Deutschland nicht zu russischen Zuständen kommen.

Die Sozialisierung auch des Bergbaus kann nur Schritt für Schritt erfolgen.

Betriebsräte ohne Gewerkschaften sind Phantasie. Wir können nur durch Demokratie zum Sozialismus kommen. Wir sind auch für eine Verklärung der Arbeitszeit eingetreten, aber nach der Befreiung der Kohlennot. Nur international kann die Arbeitszeit im Bergbau verkürzt werden. Die Taktik des Vorstandes ist vom Aktionsausschuss Reis fast einmütig gutgeheißen worden. Die Individualität und Verdächtigung der Verbandsführer muß beschwinden. Einigkeit muß unter den Bergarbeitern herrschen. Nur so werden wir unserem Berufe, dem gesamten Volke dienen. Die internationale Verbrüderung muß kommen, zum Heile der ganzen Menschheit.

Der 2. Vorsitzende, Hufmann, berichtet über die Entwicklung und Verwaltung des Verbandes in den verflochtenen sechs Jahren seit der Tagung 1918 in Hannover. Im 1919 Jahrestellen zählte der Verband am 1. April 1919 422180 Mitglieder. Hätte die Entwicklung im Ruhrrevier gleichen Schritt mit den anderen Revieren gehalten, wäre die 1/2 Million Mitglieder da. Möchten die Zersplitterer einsehen, daß sie mit ihrem Tun nur für das Unternehmertum arbeiten. Der Krieg hat der Verwaltung viele Kräfte entzogen, auch sonstiger Wechsel wirkte hemmend. Alle Beamte haben ihre Pflicht aufs äußerste getan. Um so bedauerlicher sind die unbegründeten Angriffe und Verleumdungen auf sie. Von den 4 neuer, unerfahrener Mitglieder wurden die alten, gewerkschaftlich geschulten unterdrückt, die sich dem selber wenig entgegenstellen haben. Wir müssen in gegenseitigem Vertrauen und Zusammenarbeiten an die Erfüllung der Aufgaben des Verbandes herantreten.

In der Nachmittagsitzung erläutert Stähmeyer den Rassenbericht. Die Ausgaben für Sterbegelder sind im letzten Jahre außerordentlich gestiegen, mit einer Folge der Unterernährung. Für die Unterstützung der

bis zu Terror, besonders an dem Chemiker Kowles, vertriebenen Kameraden

wurden im April 1919 allein 111067 M. ausgezahlt. Trotz der Steigerung des Vermögens auf 74 Millionen Mark ist das, auf den Kopf des Mitgliedes gerechnet, fast um die Hälfte gesunken. Redner fordert zur weiteren Stärkung der Finanzen auf. Für die Verbandsdruckerie berichtet Scherter.

Redakteur Wagner verteidigt in einem ausgezeichneten Vortrage die Haltung des Verbandesorgans während und nach dem Kriege.

Für den Kontrollausschuss berichtet Hinkel über Beschwerden und Klagen über die Rufforderungen; sie beantragen Entlastung.

Nach dem Bericht der Rundschauprüfungskommission sind anwesend: 290 Delegierte, 28 Aktionsausschussmitglieder, 20 Bezirksleiter, 7 Vorstandsmitglieder, 8 Beisitzer, 8 Kartellauschussmitglieder, 2 Redakteure, 1 Vertreter der Druckerie, zusammen 310 Teilnehmer.

# 16. Generalversammlung der Maler.

Würzburg, 10. Juni.

Im Dulten'schen Garten begann heute hier der 16. Verbandstag des Zentralverbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands. Er ist von 66 Delegierten, 6 Vorstandsmitgliedern, dem Ausschussvorsitzenden, dem Redakteur und 6 Gauleitern besetzt. Außerdem haben die Bruderorganisationen in Oesterreich, Dänemark und Holland Vertreter geschickt, die Grüße ihrer Kollegenschaft überbringen und den Beratungen allen Erfolg wünschen.

Nach Erledigung der üblichen Formalitäten wurde in der Geschäftsordnungsdebatte ein Antrag eingebracht, der besagt, daß den Vorstandsmitgliedern und den Gauleitern das Stimmrecht nicht zu stehen soll. Dieser Antrag, sowie ein Antrag Leipzig auf Veränderung eines Korrespondenten über den Bericht des Hauptverbandes wurden nach lebhafter Diskussion abgelehnt.

Sodann erstattete Verbandsvorsitzender Stitzel-Hamburg den Rechnungsbericht des Vorstands. Der Redner gab ein Bild von der Verbandstätigkeit seit der letzten Generalversammlung, schilderte die Schwierigkeiten, die der Krieg brachte, und berichtete dann über die aufwärtsstrebende Entwicklung, die der Verband nun wieder nimmt. Der Verband zählt gegenwärtig wieder circa 87000 Mitglieder, gegenüber dem tiefsten Stand von 6000 Mitgliedern während der Kriegszeit. Er verweist ferner auf die Erreichung besserer Lohnbedingungen, die durch zentrale und örtliche Verhandlungen eine Erhöhung von 0,90 bis 1,20 M. brachten. Es wurden weitere Maßnahmen für die Beschäftigung von Kriegsgenossen festgelegt, ferner eine gemeinsame Aktion mit den Arbeitgebern für die Wiederbeschäftigung des Gewerbes unternommen u. a. m.

Den Rassenbericht gab Weniger-Hamburg, der die Finanzen des Verbandes erläuterte. Das Verbandsvermögen hat sich prozentual etwas erhöht und beträgt gegenwärtig 825 806,75 M.

Darauf erstattete Redakteur Karl-Hamburg den Bericht der Redaktion. Die Schwierigkeiten, die der Vereinigungsleiter zu überwinden hatte, sind in den Berichtsunterlagen zu sehen. Die Schriftweise sei darauf eingestellt gewesen, daß die Gewerkschaft eine Schule für den Sozialismus sein soll, wie es auch Marx gelehrt habe. Er hofft, daß die Kollegenschaft ausdauernd und in der Stunde der Not treu zur Organisation steht.

Der Bericht des Ausschusses wird von Remme-Dannover gegeben.

# Verbandstag der Kupferschmiede.

Die 9. Generalversammlung des Verbandes der Kupferschmiede tagt momentan im Ballsaale zu Dresden. Anwesend sind 28 Delegierte, 4 Vorstandsvertreter und ein Vertreter des Zentralausschusses, sowie als Vertreter der Generalkommission Kabe-Berlin und als Vertreter des Metallarbeiterverbandes Sapp-Stuttgart. Zu Vorsitzenden des Verbandstages wurden Hecht-Berlin und Rudolph-Dresden gewählt.

Die eigentlichen Verhandlungen wurden mit dem Rassenbericht eingeleitet, den der Verbandsvorsitzende Hecht an Hand des gedruckten Verwaltungsberichtes erstattete. Er geht besonders auf die Differenzpunkte ein, die gegenwärtig in der ganzen Gewerkschaftsbewegung zur Debatte stehen, und begründet eingehend die Haltung des Verbandesorgans in allen diesen Fragen, die im großen Ganzen mit der der Generalkommission übereinstimmt. Der Rassenbericht kann über eine recht günstige Rassentage berichten; das Hauptvermögen ist auf 114 M. gestiegen. Den Bericht der Redaktion des Verbandesorgans erstattet ebenfalls der Vorsitzende Hecht. Die Redaktion bemühte sich, ihre Tätigkeit objektiv auszuweisen und den Vorzeitsreit dem Staate fernzuhalten. Für den Zentralausschuss berichtet Rudolph-Dresden, daß Beschwerden fast gar nicht vorliegen und daß er in gutem Einvernehmen mit dem Vorstände gearbeitet hat. Daraus ziehe eine lebhafteste Aussprache über die Verträge ein. Im Vorbeigehen der Diskussion stehen der Metallarbeiterkampf vor dem Kriege und die Haltung der Gewerkschaften während der Kriegszeit zum Mittelpunkt, zum Volksbund für Freiheit und Vaterland, zur Kundendruckerei und zur gesamten Kriegspolitik der Generalkommission. Der Reichsarbeitsrat für Kupferschmiede wird allgemein als erstrebenswerter bezeichnet.

# Gewerkschaftsbewegung

## Die Eisenbahner drängen auf Demokratisierung der Verwaltung.

Aus wird geschrieben: Eine in Erfurt einberufene und unter freiem Himmel tagende Rassenversammlung von Eisenbahnern des Direktionsbezirktes Erfurt (weit über 10000 Mann) faßte einmütig folgende Beschlüsse: 1. Bestimmte Personen der jetzigen Verwaltung haben sich durch ihre Verhaltungen der leitenden

Stellung, die sie hielten, unzulässig gezeigt und dadurch unter Vertrauen verloren. Die Eisenbahner lehnen die Zusammenarbeit mit diesen von Stunde an ab. 2. Zur Sicherung des Vertrauensverhältnisses zwischen Bediensteten und Verwaltung, zur Hebung der Arbeitsfreudigkeit und zur Förderung der Volkswirtschaft fordert die Generalversammlung sofortige Demokratisierung der Eisenbahndirektion Erfurt durch Besetzung a) der Stelle des Präsidenten, b) der Dezerenate 2, 3, 4, 7, 12 und 31 durch Männer, die in Verbindung mit der Vertretung der Eisenbahnenbediensteten aus dem praktischen Berufsleben zu bestimmen sind. 3. Zur Vermeidung von Störungen in Verwaltung und Betrieb werden die Gewerkschaften beauftragt, als Ersatz für sofort ausfallende Dezerenten die Dezerenate 2, 3, 4, 7, 12 und 31 sofort vorläufig zu besetzen und wegen endgültiger Besetzung mit dem Ministerium evtl. der Reichsregierung in Verbindung zu treten. Die Gewerkschaften werden ausdrücklich beauftragt, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, daß a) Beschlüsse sofort durchgeführt werden, b) Betrieb, Verkehr und Verwaltungsgebiet keinerlei Störung und Unterbrechung erleiden. 4. Mit Rücksicht auf die zurzeit besonders schwierigen Verhältnisse im Bezirk der Eisenbahndirektion Erfurt und auf die besonders trüben Erfahrungen, die die Eisenbahner mit der bisherigen Verwaltung gemacht haben, wird gefordert, daß die Stelle des Präsidenten mit dem Rasse besetzt wird, der das uneingeschränkte Vertrauen des Bezirks genießt, das die Rechnungsdirektor Rechnungsrat Heinrich Schöpe, Erfurt.

Die Eisenbahner des Bezirks Erfurt wollen als die Demokratisierung ihrer Verwaltung gegen den Widerstand der akademischen höheren Beamten sofort energisch durchführen. Sie lehnen deshalb jede weitere Zusammenarbeit mit bestimmten reaktionären Elementen in der Verwaltung ab, fordern grundsätzlich die Besetzung des vierten Teiles sämtlicher Dezerenate — b. l. 6 von 24 — und besetzen diese mit Vertrauenspersonen aus dem praktischen Berufsleben. Die Eisenbahner zeigen sich der übernommenen Aufgaben gewachsen, indem sie gleichzeitig die volle Verantwortung für Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung sowie für ungehinderte Durchführung des Betriebes und Verkehrs übernommen haben. Sie greifen nicht zum Mittel des Streiks und verhindern, daß die Volkswirtschaft durch die Regelung der Angelegenheit tendenziell in Mitleidenschaft gezogen wird.

Wie weiter mitgeteilt wird, verhandeln die Vertreter der Gewerkschaften zurzeit mit dem Eisenbahnminister und mit der Reichsregierung, damit letztere die vorläufig eingestellten neuen Dezerenten endgültig in die Komente einsetzt und der geforderten grundsätzlichen Regelung seine Zustimmung erteilt.

Bemerkenswert sei noch, daß der Präsidentenposten bei der Eisenbahndirektion Erfurt seit Anfang März d. J. unbesetzt war.

Die Tarifverhandlungen wurden am Mittwoch verschoben, da der Vorsitzende, Landgerichtsrat Salk, am Erlittener verhandelt war.

## Angestelltenstreik bei der Firma Ferd. Adelski A.-G.

Die leitenden Angestellten der Firma Ferd. Adelski A.-G., Geschäftsbücherei, Enddruckerei, Papier- und Schreibwaren-großhandlung, Berlin N. 39, Willdenowstr. 16 und Neue Brunnstraße 32, sind wegen Gehaltsforderungen — Abschluß eines Zusatzvertrages bis zum Inkrafttreten des schwebenden Tarifvertrages für das gesamte Papierfach Groß-Berlin — in den Ausstand getreten.

Das Vorgesetztenpersonal des Valespostamts nahm in einer Versammlung eine Einschließung an, in der es heißt: Das Valespostamt des Valespostamts erhebt schriftlichen Protest gegen das Verhalten des Herrn Postdirektor Rudrad, der fortgesetzt alle Forderungen befristet, die sich in tendenziöser Weise gegen den Beamten- und Arbeitsausschuss richten. Der unsachlichen Behandlung der Forderungen des Postdirektors Rohms vom 16. Mai gegen den Omann schließt sich folgerichtig die amtliche Bekanntgabe des Expedienten des Postdirektors Banger vom 10. wegen der letzten Einzelstücke, dessen tatsächlicher Vorgang dem Amtsvorsteher bekannt war, an. Dieses Schreiben geht von falschen und unrichtigen Voraussetzungen aus und hat neue Mißtrauen in das Personal des Valespostamts erregt. Durch solches Vorgehen wird die ohnehin vorhandene Mißstimmung zu immer größerer Erregung und Verhärterung gesteigert. Wir fordern deshalb den Beamten- und Arbeitsausschuss auf, unseren Willen dem übrigen Personal des Valespostamts durch Anschlag und Umlaufschreiben bekanntzugeben, damit die Wirkung des Rundschreibens der Amtsführung durchkreuzt wird.

Deutscher Buchbinder-Verband, Kollegen und Kolleginnen! Wir erlauben alle diejenigen Mitglieder, die auf dem Boden der S. P. D. leben, heute Mittwoch, den 18. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im „Kassenabstimmung“, Oranienstraße 190, pünktlich zu erscheinen. Vortrag und anschließende Vesperpredigt machen das Trüben notwendig. Mitgliedsbuch des Verbandes und der S. P. D. U am Eingang vorzulegen.

Generalversammlung, Donnerstag, den 19. Juni, abends 6 1/2 Uhr, im Lokal von Wende, Kolonnenstr. 147: Druckenversammlung. Tagesordnung: 1. Bericht über die mit den Arbeitgebern gepflogenen Verhandlungen. 2. Diskussion und Beschlüsse.

Verantwortlich für Inhalt: Wende Müller, Charlottenburg, 10; den übrigen Teil des Blattes: Alfred Götz, Reinickendorf; für Anzeigen: Theodor Blode, Berlin. Verlag: Verlags-Druckerei S. m. b. H., Berlin. Druck: Verlags-Druckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. in Berlin, Lindenstr. 1, 10178 Berlin.

# HERRMANN GERSON

WERDERSCHER MARKT 5/6

## Großer Verkauf von Waschstoffen

Reichhaltigste Auswahl in guten Qualitäten und aparten Mustern

Seidenstoffe	
Seidenkrepp	gestrichelt, halbe Faden, 30 cm breit 34.—
Voilechappe	beut bedruckt, 30 cm breit 36.—
Satin de chine	3/4 cm breit . . . . . Meter 42.—
Schantung	gestrichelt, 30 cm breit 45.—
Bast	gestrichelt, breite Krepp, 30 cm breit 47.50
Bast	gestrichelt, 30 cm breit . . . . . Meter 55.—
Foulard-Köper	gestrichelt, mit Tupfen, 30 cm breit . . . . . Meter 65.—

Batistvoile	weiß, 30 cm breit Meter 10.50	Crépon	gestrichelt, 30 cm breit, Mtr. 23.50
Crépon	gestrichelt, 30 cm breit, Mtr. 17.50	Voile	gestrichelt, 30 cm breit, Mtr. 25.—
Batiststreifen	u. Tupfen, 30 cm breit, Mtr. 15.75	Voile	Tupfenmuster, 30 cm breit . . . . . Mtr. 27.—
Baumwollmusselin	30 cm breit . . . . . Mtr. 19.—	Musselin	Tupfen u. Ringen, 30 cm breit . . . . . Mtr. 28.—
Foulardine	30 cm breit . . . . . Mtr. 22.50	Voile	Tupfen gestrichelt, 30 cm breit . . . . . Mtr. 33.—

Spitzen					
Leinene Klöppelspitzen und -Einsätze					
1/2 cm	3/4 cm	1 cm	1 1/2 cm	2 cm	3 cm
Meter	1.95	2.80	4.—	—	—

Damenstrümpfe	
Flor	blau und blau . . . . . Paar M. 15.50
Flor	schwarz, halbdurchbrochen . . . . . Paar M. 18.50
Schappside	mit Plüschborte . . . . . Paar M. 21.—

Oberhemdenstoff	Mtr. 16.50
Kostümrock	aus weißem Waschstoff moderner Form . . . M. 64.—

Tüllspitzen und -Einsätze					
schwarz, gestrichelt	—				
1/2 cm	3/4 cm	1 cm	1 1/2 cm	2 cm	3 cm
Meter	2.25	2.70	3.75	4.75	—